

**Das jüdische Stiftungswesen in Deutschland als Beitrag
zur Entwicklung des modernen Sozialstaates und dessen
Ablesbarkeit im städtischen Raum**

**Vorschlag für ein Städtebündnis der Städte Halberstadt und Fürth für
einen gemeinsamen Antrag auf UNESCO-Welterbe**

Prof. Dr. Dr. h. c. Michael Schmidt

Cottbus

Oktober 2011

Inhaltsverzeichnis

1. Zielsetzung und Aufgabenstellung
2. Zur Geschichte des jüdischen Wohlfahrtswesens in Deutschland
3. Das jüdische Stiftungswesen und dessen Ablesbarkeit im städtischen Raum
 - 3.1 Vorauswahl für ein Städtebündnis geeigneter Städte und Methodik
 - 3.1.1 Fürth
 - 3.1.2 Frankfurt/Main
 - 3.1.3 Köln
 - 3.1.4 Hamburg
 - 3.1.5 Berlin
 - 3.1.6 Halberstadt
 - 3.2 Vorschlag für ein Städtebündnis
 - 3.2.1 Städtebündnis: Halberstadt und Fürth
 - 3.2.2 Das jüdische Stiftungswesen in der frühen Neuzeit in Halberstadt und dessen Beitrag zur Entwicklung des modernen Sozialstaates
 - 3.2.2.1 Die Geschichte der Halberstädter Juden
 - 3.2.2.2 Die Ablesbarkeit der jüdischen Stiftungen in Halberstadt
 - 3.2.3 Das jüdische Stiftungswesen des 18. und 19. Jahrhunderts in Fürth und dessen Beitrag zur Entwicklung des modernen Sozialstaates
 - 3.2.3.1 Die Geschichte der Fürther Juden
 - 3.2.3.2 Das jüdische Stiftungswesen des 18. und 19. Jahrhunderts in Fürth und dessen Beitrag zur Entwicklung des modernen Sozialstaats
 - 3.2.3.3 Die Chronologie der jüdischen Stiftungen in Fürth und dessen Ablesbarkeit
 - 3.2.4 Das jüdische Stiftungswesen in Frankfurt des 19. und 20. Jahrhunderts
4. Vorläufige Bewertung auf Erfolgsaussicht zur Aufnahme in die UNESCO-Welterbeliste
 - 4.1 Welterbestätten mit dem thematischen Schwerpunkt jüdische Gesellschaft
 - 4.2 UNESCO- und ICOMOS-Expertenmeinungen
 - 4.3 Zusammenfassende Bewertung und Einschätzung auf Erfolgsaussicht
5. Empfehlungen zur weiteren Vorgehensweise
6. Literatur und Expertenkontakte

1. Zielsetzung und Aufgabenstellung

Die wechselvolle Geschichte der jüdischen Bevölkerung in Mittel- und Westeuropa ist seit dem Mittelalter durch wiederkehrende Pogrome geprägt und gipfelt in der physischen Vernichtung während der Zeit des Nationalsozialismus. Die im Ergebnis des Holocaust in Deutschland nach 1945 entstandene Mahnkultur reduziert das Verständnis der Allgemeingesellschaft über die tausendjährige deutsch-jüdische Geschichte im Wesentlichen auf die Verfolgung und Vernichtung der Juden. Die deutsch-jüdische Geschichte und ihre enge Wechselbeziehung in Kultur und Wirtschaft werden in der Öffentlichkeit nur unzureichend wahrgenommen; die Ablesbarkeit des jüdischen Beitrags zur Entwicklung einer städtischen Bürgergesellschaft bleibt weitgehend unbeachtet.

Der Einfluss der traditionellen jüdischen Wohltätigkeit auf den modernen Sozialstaat ist in der heutigen Gesamtgesellschaft kaum bekannt, auch wenn sich zahlreiche wissenschaftliche Institutionen und Organisationen (vgl. u.a. der Arbeitskreis zur Erforschung der Geschichte der jüdischen Wohlfahrt in Deutschland) mit dieser Thematik intensiv auseinandersetzen. Im Ergebnis der wissenschaftlichen Forschung kann das jüdische Wohlfahrtswesen als richtungsweisend für das heutige Verständnis von sozialer Arbeit und des Sozialwesens betrachtet werden (Ludwig und Schilde, 2010). Stiftungen gehen einher mit der Entwicklung einer städtischen Gesellschaft; daher findet sich das soziale Engagement des jüdischen Wohlfahrtswesens im städtischen Umfeld.

Ein gemeinsamer Antrag auf UNESCO-Welterbe der Städte Halberstadt (Sachsen-Anhalt) und Fürth (Bayern) soll den herausragenden Beitrag des jüdischen Wohlfahrtswesens zur Entwicklung des modernen Sozialstaates im 20. Jahrhundert an prominenter Stelle sichtbar machen. Die jüdischen Wohlfahrtsprinzipien *Recht auf Hilfe* und *Hilfe zur Selbsthilfe* entsprechen den zentralen Grundsätzen der UN-Deklarationen zur Nachhaltigen Entwicklung und den Millennium Zielen. Das jüdische Wohlfahrtswesen gibt somit auch eine Antwort auf die globalen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts zur Armutsbekämpfung. Die Ablesbarkeit im städtischen Raum über den noch vorhandenen Gebäudebestand der zwei am Städtebündnis beteiligten Städte spiegelt die Geschichte des religiösen Lebens der jüdischen Bevölkerung ab dem Beginn der Neuzeit wider, zeigt Initiativen jüdischer Stiftungen in der Phase frühneuzeitlicher Territorialstaaten im ausgehenden 16. Jahrhundert und führt ab dem Ende des 18. Jahrhunderts ein breites Spektrum von sozialen Wohlfahrtseinrichtungen getragen durch jüdische Stiftungen mit Schwerpunkt im 19. und beginnenden 20. Jahrhundert auf.

Die Ergebnisse der Konzeption basieren auf Gesprächen mit Experten für jüdische Geschichte und Gesellschaft, welche am Ende der Studie aufgeführt sind sowie einer ersten Literaturrecherche. Die Arbeit wurde unterstützt von Frau Ariane Fritzmann, Master of Arts in World Heritage Studies, (Tabellenarbeit in Kap. 3.1), Frau Dr. Jutta Dick, Direktorin der

Moses Mendelssohn Akademie Halberstadt (Kap. 3.2.2) und Frau Sigrun Riehardt, Bachelor in Interkulturelle Europa- und Amerikastudien (Kap. 3.2.3).

Auftraggeber der Konzeption für ein Städtebündnis zum jüdischen Stiftungswesen ist die Stadt Fürth.

2. Zur Geschichte des jüdischen Wohlfahrtswesens in Deutschland

Die Geschichte des jüdischen Wohlfahrtswesens ist ebenso vielfältig und differenziert zu betrachten wie die deutsche jüdische Geschichte: die unterschiedlichen Entfaltungsmöglichkeiten in den deutschen Territorialstaaten oder die divergenten Vorstellungen des orthodoxen und des liberalen Judentums können als beispielhafte Gründe genannt werden.

Eine dennoch einheitlich-gültige, in der jüdischen Religion praktizierte, Hilfe zur Selbsthilfe ist jedoch keineswegs auf die deutschen Territorien beschränkt, sondern fand bereits in dem *Tanach* (die hebräische Bibel) ihren Ursprung. Das tief im jüdischen Glauben verwurzelte Gebot der sozialen Gerechtigkeit (*Zedakah*) und der Barmherzigkeit (*Gemilut Chessed*) ist Ausdruck einer Nächstenliebe wie sie in der Form einmalig ist. Es äußert sich im jüdischen Wohlfahrtswesen und hat in Deutschland eine lange Tradition (Ludwig/Schilde, 2010).

Im Gegensatz zu der jüdischen Wanderfürsorge hatte sich das jüdische Stiftungswesen auch in Deutschland durch die zunehmende Sesshaftigkeit und die sukzessive Anerkennung der Juden in der Gesellschaft entwickelt. Dennoch blieb den deutschen Juden bis zu ihrer überwiegend rechtlichen Emanzipation im 19. Jahrhundert in den jeweiligen Territorialstaaten das meist kirchliche soziale Fürsorgenetzwerk verwehrt (Ludwig/Schilde, 2010). Deswegen stellte das jüdische Wohlfahrtswesen eine für die Gemeinde überlebenswichtige Aufgabe dar und kann als Selbsthilfebewegung charakterisiert werden (Landwehr, 1985).

Ein weiterer Grund für die Entfaltung des jüdischen Wohlfahrtssystems in den deutschen Territorialstaaten war das besonders im 18. und 19. Jahrhundert einsetzende jüdische Streben nach Integration. Jüdische Stiftungen beschränkten sich nicht ausschließlich auf religiöse Zwecke. Mit der weitgehenden rechtlichen Gleichstellung der Juden im 19. Jahrhundert und der daraus folgenden Koexistenz mit dem bestehenden Sozialsystem suchten sich die jüdischen Stifter bis dato noch nicht oder wenig geförderte Felder der Sozial- und Kulturarbeit. Schlussfolgernd daraus spendeten Juden zunehmend auch an Städte oder Vereine als Ausdruck der jüdischen Integration in der nichtjüdischen Gesellschaft (Schilde/Ludwig, 2010).

Des Weiteren waren auch jüdische Gläubige von der Industrialisierung, der Urbanisierung und ihren sozialen Folgen betroffen. Das bis dahin praktizierte jüdische Wohlfahrtssystem wurde von der zunehmend städtischen und religionsübergreifenden Armenfürsorge abgelöst. Das jüdische Stiftungswesen erhielt dadurch nunmehr ergänzenden Charakter. Die jüdische Fürsorge konnte sich demnach auf spezielle Zwecke konzentrieren, wie beispielsweise die gesundheitliche Vorsorge bei Kindern oder die Versorgung lediger Mütter. Diese sozialen Stiftungen sind mit den Bedürfnissen der nichtjüdischen Gesellschaft identisch und demnach Ausdruck eines gegenseitigen Verständnisses, wie eine liberale fortschrittliche und zivile deutsche Bürgergesellschaft gestaltet werden kann (Schilde/Ludwig, 2010).

Mit der Nazidiktatur wurde das blühende jüdische Stiftungswesen in Deutschland zerstört. Der unter anderem die jüdische Emigration fördernde Verein *Reichsvereinigung der Juden in Deutschland* wurde 1943 aufgelöst und beendete die Existenz des umfassenden deutschen jüdischen Wohlfahrtssystems (Ludwig/Schilde, 2010).

Erst langsam zeigen sich viele Jahrzehnte nach der Gründung der Bundesrepublik Deutschland neue Initiativen des einst so blühenden und während des Nationalsozialismus zerstörten jüdischen Stiftungswesens. Ein Beispiel hierfür ist die Lore-und-Jakob-Salzträger-Stiftung, die 2007 (60 Jahre nach der Nazidiktatur) in Fürth gegründet wurde und eine der ersten jüdischen Stiftungen in Deutschland darstellt (Nagel, 2008).

Das Wohlfahrtswesen hat in der jüdischen Kultur eine lange Tradition und konnte sich in Deutschland in einer rund tausendjährigen Geschichte auf einzigartige Weise entfalten. Noch heute ist das jüdische Wohlfahrtswesen mit seinen vielfältigen Bauten für soziale und kulturelle Zwecke trotz der verheerenden Zerstörungen der historischen Stadtkerne im Zweiten Weltkrieg in einigen Städten im deutschsprachigen Raum (ohne Österreich) mit hoher Authentizität erhalten.

3. Das jüdische Stiftungswesen und dessen Ablesbarkeit im städtischen Raum

3.1 Vorauswahl für ein Städtebündnis geeigneter Städte und Methodik

Im Ergebnis der Expertengespräche wird empfohlen (Kugelman, 2011; Schoeps, 2011; Stürmer, 2011; Herzig 2011) insbesondere wegen der spezifischen jüdischen Geschichte des Stiftungswesens in Deutschland, ein Städtebündnis nur mit weiteren deutschen Städten zu initiieren. Europäische Städte mit einem mit Deutschland vergleichbaren Stiftungswesen wären Strasbourg und Metz in Frankreich, sowie Breslau in Polen. Hierbei ist allerdings anzumerken, dass die Städte Breslau, Metz und Strasbourg aufgrund ihrer Historie die deutsche Entwicklung widerspiegeln und entsprechend keine inhaltliche Erweiterung der Konzeption darstellen würden. Ein möglicher Ausbau des Städtebündnisses unter Einbeziehung europäischer Städte sollte nach Expertenmeinung erst nach einer positiven Evaluierung eines deutschen Städtebündnisses in Betracht gezogen werden, um bis dahin gesammelte Erfahrungen in eine erweiterte Konzeption und eine mögliche Antragstellung auf Aufnahme in die UNESCO-Welterbeliste einzuarbeiten (Schoeps, 2011). Neben den o.g. Städten wären als weitere europäische Städte Antwerpen, Amsterdam und Rotterdam in den Niederlanden, Venedig (Italien), Basel (Schweiz) Bratislava/Pressburg (Slowakei) und Wien (Österreich) zu benennen (Kugelman, 2011).

Die Vorauswahl der deutschen Städte ist das Ergebnis von Expertengesprächen. Die nachfolgend untersuchten Städte hatten im Laufe ihrer Geschichte einen hohen Anteil jüdischer Bevölkerung an der städtischen Gesamtbevölkerung im Vergleich zu anderen deutschen Städten. Entsprechend hoch war auch der Anteil an Gebäuden, die von jüdischen Bürgern erbaut wurden. Die Tabellen 3.1.1 bis 3.1.6 geben einen Überblick über Gebäudetypen und die Zeit ihrer Errichtung für die Städte Berlin, Frankfurt, Fürth, Halberstadt, Hamburg und Köln. Die Gebäudetypen sind in drei Kategorien untergliedert. Kategorie eins umfasst Gebäude jüdischer Wohlfahrtsstiftungen und unterscheidet zwischen Gebäuden sozialer und kultureller Zwecke. Religiöse Bauten mit dem Schwerpunkt Synagogen sowie Bauten und Stätten (z.B. Friedhöfe) mit Bedeutung für die jüdische Glaubens- und Lebensgemeinschaft sind in Kategorie zwei dargestellt. Gewerbliche Bauten für Handel und Bankwesen stehen für den ökonomischen Beitrag zur Stadtentwicklung (der Kapitalmarkt der meisten Städte war auf das jüdische Kreditwesen angewiesen, vgl. hierzu auch Herzig, 2002) und sind in Kategorie drei gelistet.

Das Welterbe betreffend unterscheidet das *Übereinkommen zum Schutz des Kultur- und Naturerbes der Welt* (1972) zwischen Kultur- und Naturgütern. In die Welterbeliste werden Stätten aufgenommen, die einen außergewöhnlichen universellen Wert aufweisen können. Zum Nachweis des außergewöhnlichen universellen Werts bedarf es einer Prüfung der Authentizität und der Integrität der potenziellen Welterbestätte. Ebenso muss ein Schutz- oder Verwaltungsplan über die Erhaltung der Stätte Aufschluss geben. Bei der Einschreibung

in die Welterbeliste muss das Gut zusätzlich mindestens einem der zehn Kriterien zugeordnet werden. Kriterium (vi) entspricht dem hier vorgeschlagenen Städtebündnis. Es besagt, dass eine Stätte von außergewöhnlichem universellen Wert ist, wenn es „in unmittelbarer oder erkennbarer Weise mit Ereignissen oder überlieferten Lebensformen, mit Ideen oder Glaubensbekenntnissen oder mit künstlerischen oder literarischen Werken von außergewöhnlicher universeller Bedeutung verknüpft“ ist. Das jüdische Wohlfahrtsystem, als Idee und gelebte Realität tief im jüdischen Glauben verwurzelt, hat mit seiner außergewöhnlichen universellen Bedeutung einen erheblichen Beitrag zur Entwicklung des modernen Sozialstaates geleistet.

Für das Verständnis von Weltkulturerbe (im Unterschied zum Weltnaturerbe) und der in die UNESCO-Welterbeliste aufgenommenen Welterbestätten (World Heritage Sites) sind bauliche Strukturen (monuments), Gebäudegruppen (groups of buildings) oder Stätten (sites) Grundlage des herausragenden Qualitätskriteriums. Somit sollte eine Welterbestätte bevorzugt mindestens ein weiteres (gebäudebezogenes) Kriterium erfüllen (siehe dazu die Ausführungen zu Kriterium sechs der UNESCO Welterbe-Konvention). Kriterium (iii) erfüllt diesen Anspruch: Stätten, die „ein einzigartiges oder zumindest außergewöhnliches Zeugnis von einer kulturellen Tradition oder einer bestehenden oder untergegangenen Kultur darstellen“, können in die Welterbe-Liste aufgenommen werden. Hierbei sind die in den nachfolgenden Tabellen aufgelisteten, noch bestehenden Gebäude, in denen jüdische Barmherzigkeit geleistet wurde, von großer Bedeutung. Sie zeugen von der jüdischen Wohltätigkeit.

Ebenso kann Kriterium (ii) dieser Thematik zugewiesen werden: Laut ihm können Stätten, die „für einen Zeit- oder in einem Kulturgebiet der Erde einen bedeutenden Schnittpunkt menschlicher Werte in Bezug auf Entwicklung der Architektur oder Technik, der Großplastik, des Städtebaus oder der Landschaftsgestaltung aufzeigen“ als Welterbe nominiert werden. Die Ablesbarkeit des jüdischen Stiftungswesens im urbanen Raum, auch symbolisch für alle zerstörten Gebäude, spielt bei Kriterium (ii) eine große Rolle.

In den nachfolgenden Tabellen 3.1.1 bis 3.1.6 werden Gebäude und Nutzung in die Bewertung einbezogen. Um den historischen Zusammenhang zwischen der jüdischen Bevölkerung und der städtischen Gesamtgesellschaft für die hier zur Diskussion stehenden Städte besser aufbereiten zu können, sind auch zerstörte Gebäude aufgenommen worden. Erhaltene Gebäude mit gleicher Nutzung stellen hinsichtlich der Ablesbarkeit jüdischen Lebens und der jüdischen Stiftungen den wichtigsten Gebäudetyp dar (Bewertungsklasse eins). Soweit die Gebäude erhalten sind, aber anderweitig genutzt werden (Bewertungsklasse zwei) ist im Einzelfall die Eignung zur Kennzeichnung jüdischen Lebens bzw. Stiftungswesens zu prüfen. Dies betrifft insbesondere Bauten für religiöse Zwecke, die heute als Wohngebäude dienen. Eine besondere Bewertungsklasse bilden jüdische

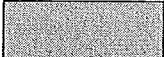
Stiftungen, die nicht mehr in ihren ursprünglichen Gebäuden sind, sondern, zumeist zerstörungsbedingt, in anderen Gebäuden untergebracht sind.

Um den Beitrag der geschichtlichen Perioden zu Beginn der Neuzeit sowie des 18. und 19. Jahrhunderts, ebenso wie das 19. und 20. Jahrhundert sichtbar zu machen, werden die Gebäude chronologisch nach Jahrhunderten geordnet.

Mit Beginn der Neuzeit lebten laut des Frankfurter Organisationsplans von 1603 noch ca. acht- bis zehntausend Juden im deutschen Bereich, wobei allein in Frankfurt dreitausend Juden wohnten (Herzig, 2002). Die Stadt Fürth hatte während des 17. und 18. Jahrhunderts mit 20-25 Prozent den höchsten jüdischen Einwohneranteil aller Städte in Deutschland und gehörte zu den bedeutendsten jüdischen Zentren Süddeutschlands (Herzig, 2002). Im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts war Berlin mit einem Drittel aller in Deutschland lebenden Juden (1925 lebten 564.000 Juden in Deutschland) wichtigstes Zentrum der jüdischen Bevölkerung in Deutschland (Herzig, 2002).

Die für ein Städtebündnis zur Diskussion stehenden Städte verfügen über einen repräsentativen Bestand an jüdischen Bauten zur Wohlfahrtspflege, religiöser Bauten sowie Gebäuden und Orten des jüdischen Lebens.

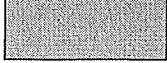
Tabelle 3.1.1 Fürth

	Gebäude zerstört
	Gebäude erhalten mit gleicher Nutzung (oder nach Unterbrechung wieder aufgenommen)
	Gebäude erhalten mit neuer Nutzung
	Gebäude zerstört, Stiftung bzw. Organisation existiert weiterhin

Gebäudetypen	16. Jhdt.	17. Jhdt.	18. Jhdt.	19. Jhdt.	20. Jhdt.
1) Gebäude für Stiftungszwecke					
Gebäude für soziale Zwecke					
Krankenhaus (Hekdesch)		Israelitisches Hospital, 1653		Neues Jüdisches Krankenhaus, Theaterstraße 1846	Nathanstift, 1906
Armenhaus (Hekdesch)					
Altenheim (Hekdesch)					
Kinderheim					Krautheimerkrippe, 1912
Waisenhaus			Jüdisches Waisenhaus Dr. Hallermann, 1763		
Schulen				Jüdische Realschule, 1862	Berolzheimerlanum, 1906
Andere					
Gebäude für kulturelle Zwecke					
Museumsbauten					
Theaterbauten					Stadttheater, 1902
2) Religiöse Bauten und Jüdisches Leben					
Religiöse Bauten					
Synagogen frei stehend					

Synagoge eingereicht		Altschul, 1617 und Neuschul, 1697	Klausschul, 1708	Mannheimer Schul, 1896	Waisenschul genutzt als Gemeindesynagoge seit 1945
Andere					
Jüdisches Leben					
Ritualbäder (Mikwaot)		Mikwe			
Talmud Lehrstuben (Klausen)			Gabrielschul, 1707		
Friedhöfe		alter jüdischer Friedhof, 1607			neuer jüdischer Friedhof, 1906
Laubhütten (Sukka)		Wohnhaus Hirsch-Frohm			
3) Gewerbebauten					
Warenhäuser				Warenhaus, Hetz 1900	
Bankhäuser					
Andere				Bendit Seligmann, 1866	

Tabelle 3.1.2 Frankfurt

	Gebäude zerstört
	Gebäude erhalten mit gleicher Nutzung (oder nach Unterbrechung wieder aufgenommen)
	Gebäude erhalten mit neuer Nutzung
	Gebäude zerstört, Stiftung bzw. Organisation existiert weiterhin

Gebäudetypen	16. Jhdt.	17. Jhdt.	18. Jhdt.	19. Jhdt.	20. Jhdt.
1) Gebäude für Stiftungszwecke					
Gebäude für soziale Zwecke					
Krankenhaus (Hekdesch)	erstes Spital im Judenghetto, 1462		Bürgerspital Senckenberg	Krankenhaus der Israelitischen Krankenkassen, 1829	Rothschild'sches Kinderspital, 1903
Armenhaus (Hekdesch)					
Altenheim (Hekdesch)					Altenheim Henry u. Emma Budge Stiftung, 1903
Kinderheim					Helm Jüdischer Frauenbund, 1907
Waisenhaus				1. Standort Israel. Waisenanstalt, 1876-1903	Israelitische Waisenanstalt Röderbergweg, 1903
Schulen				Philantropin, 1804	
Andere				Gumpersches Siechenhaus, 1888	
Gebäude für kulturelle Zwecke					
Museumsbauten/Bauten für die Wissenschaft			vers. Gebäude der Senckenberg Stiftung, 1763		Georg Speyer Haus, Chemother. Forschungsinstitut, 1905
Theaterbauten					
2) Religiöse Bauten und Jüdisches Leben					
Religiöse Bauten					

Synagogen frei stehend				Borneplatz-synagoge, 1871	Westendsynagoge, 1908/10
Synagoge eingereiht					
Andere					
Jüdisches Leben					
Ritualbäder (Mikwaot)					
Talmud Lehrstuben (Klausen)					
Friedhöfe	Battonstraße, bereits 13. Jh.			Rat-Bell-Straße, 1828	Eckenheimer Landstraße, 1928
Laubhütten (Sukka)					
3) Gewerbebauten					
Warenhäuser					
Bankhäuser					
Andere					

Tabelle 3.1.3 Köln

	Gebäude zerstört
	Gebäude erhalten mit gleicher Nutzung (oder nach Unterbrechung wieder aufgenommen)
	Gebäude erhalten mit neuer Nutzung
	Gebäude zerstört, Stiftung bzw. Organisation existiert weiterhin

Gebäudetypen	16. Jhdt.	17. Jhdt.	18. Jhdt.	19. Jhdt.	20. Jhdt.
1) Gebäude für Stiftungszwecke					
Gebäude für soziale Zwecke					
Krankenhaus (Hekdesch)				Oppenheimsches Kinderspital, 1880	
Armenhaus (Hekdesch)					
Altenheim (Hekdesch)				Israelitisches Asyl Silvanstraße 10-12, 1869	Jüdisches Wohlfahrtszentrum, 2003
Kinderheim					Blankenheimer Str./Auerbachplatz, 1957-66
Waisenhaus					Abraham-Frank-Haus Aachener Straße 443, 1909/10
Schulen					Gymnasium an der Synagoge St. Aperi Straße, 1919-41
Andere					Israelitisches Jugendheim Köln Sulz, 1930
Gebäude für kulturelle Zwecke					
Museumsbauten				Kunstgewerbemuseum, 1900	
Theaterbauten					
2) Religiöse Bauten und Jüdisches Leben					
Religiöse Bauten					

Synagogen frei stehend				
Synagoge eingereiht	Synagoge Rathausplatz (Ausgrabung)		Synagoge Glockengasse 1857-61	Roßstraße 50
Andere				
Jüdisches Leben				
Ritualbäder (Mikwaot)	Mikwe (ca. 1270, Ausgrabung)			
Talmud Lehrstuben (Klausen)				
Friedhöfe		Friedhof Deutz, 1698	Friedhof Mülheim, 1774	Teilbereich des Friedhofes Melaten, 1899
Laubhütten (Sukka)				Friedhof Bocklemünd, 1918
3) Gewerbebauten				
Warenhäuser				Warenhaus Cords, 1897
Bankhäuser			Bankhaus Oppenheim, 1798	Warenhaus Tietz, 1914
Andere			Oppenheim 1870, Unter Sachsenhausen 37	Oppenheim 1952/53, Unter Sachsenhausen 10
				Kontorhaus Reifenberg&Cie, 1911/12

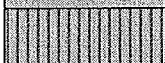
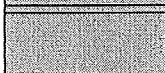
Tabelle 3.1.4 Hamburg

	Gebäude zerstört
	Gebäude erhalten mit gleicher Nutzung (oder nach Unterbrechung wieder aufgenommen)
	Gebäude erhalten mit neuer Nutzung
	Gebäude zerstört, Stiftung bzw. Organisation existiert weiterhin

Gebäudetypen	16. Jhdt.	17. Jhdt.	18. Jhdt.	19. Jhdt.	20. Jhdt.
1) Gebäude für Stiftungszwecke					
Gebäude für soziale Zwecke					
Krankenhaus (Hekdesch)				Israelitisches Krankenhaus, 1843	
Armenhaus (Hekdesch)					
Altenheim (Hekdesch)				Altenhaus Sedanstraße, 1884/86	
Kinderheim					
Waisenhaus				Waisenhaus Paulinenstift, 1883/84	Waisenhaus Pappendamm 3, 1900
Schulen			Israelitische Mädchenschule, 1798	Tora Talmudschule, 1804	Mädchenschule der Deutsch-Israelitischen Gemeinde
Andere				Wohnstift Hertz Joseph Levy Stift, 1854	
Gebäude für kulturelle Zwecke					
Museumsbauten					
Theaterbauten					
2) Religiöse Bauten und Jüdisches Leben					
Religiöse Bauten					

Synagogen frei stehend			Kohlhöfen-synagoge, 1859	Bornplatz-synagoge, 1904-06
Synagoge eingereiht		Kleine Papagoyenstraße, (1680-84)	Sefarden an der Bäckerstraße, 1771	Poolstraße 17, 1844 (Tempel)
Andere				Synagoge Oberstraße, 1931
Jüdisches Leben				
Ritualbäder (Mikwaot)				
Talmud Lehrstuben (Klausen)				
Friedhöfe		Königsstraße 1611		Friedhof Ohlsdorf, 1888
Laubhütten (Sukka)				
3) Gewerbebauten				
Warenhäuser				
Bankhäuser				Bankhaus Warburg, Ferdinandstraße 75, 1867
Andere				

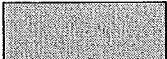
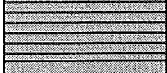
Tabelle 3.1.5 Berlin

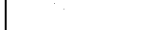
	Gebäude zerstört
	Gebäude erhalten mit gleicher Nutzung (oder nach Unterbrechung wieder aufgenommen)
	Gebäude erhalten mit neuer Nutzung
	Gebäude zerstört, Stiftung bzw. Organisation existiert weiterhin

Gebäudetypen	16. Jhdt.	17. Jhdt.	18. Jhdt.	19. Jhdt.	20. Jhdt.
1) Gebäude für Stiftungszwecke					
Gebäude für soziale Zwecke					
Krankenhaus (Hekdesch)			Judenlazarett, 1756 Oranienburger Straße	Auguststraße, 1861	Standort Wedding, 1914
Armenhaus (Hekdesch)				Obdachlosenasy- lum Wiesenburg, 1896	
Altenheim (Hekdesch)				Oranienburger Str. 8, 1829/Große Hamburger Str. 1844	Exerzierstraße, 1902
Kinderheim					Ahawa Auguststraße, 1924
Waisenhaus				2. Waisenhaus, Pankow 1898	Neubau Berliner Straße 120/21, 1912
Schulen			Jüdische Freischule, 1778	Jüdische Knabenschule, 1825	Große Hamburger Straße, 1906
Andere				Mädchenhaus Mühlenstraße 77, 1894	Zentralwohlfahrts- stelle, 1917
Gebäude für kulturelle Zwecke					
Museumsbauten					Jüdisches Museum Oranienburger Straße 1933
Theaterbauten					
2) Religiöse Bauten und Jüdisches Leben					
Religiöse Bauten					

Synagogen frei stehend					
Synagoge eingereiht			Heidereutergasse, 1714	Oranienburger Straße, 1866	Rykestraße, 1904
Andere					
Jüdisches Leben					
Ritualbäder (Mikwaot)			Heidereutergasse	Neue Friedrichstraße 29	Oranienburger Straße 29
Talmud Lehrstuben (Klausen)					
Friedhöfe	Juden- klewer Spandau (schon 13. Jh.)	Große Hamburger Straße, 1672		Schönhauser Allee, 1827/Weissen- see, 1880	Heerstraße, 1958
Laubhütten (Sukka)					
3) Gewerbebauten					
Warenhäuser					Warenhaus Tietz Alexanderplatz, 1904
Bankhäuser				Bankhaus Bleichröder, Oranienburger Str., 1803	
Andere					

Tabelle 3.1.6 Halberstadt

	Gebäude zerstört
	Gebäude erhalten mit gleicher Nutzung (oder nach Unterbrechung wieder aufgenommen)
	Gebäude erhalten mit neuer Nutzung
	Gebäude zerstört, Stiftung bzw. Organisation existiert weiterhin

Gebäudetypen	16. Jhdt.	17. Jhdt.	18. Jhdt.	19. Jhdt.	20. Jhdt.
1) Gebäude für Stiftungszwecke					
Gebäude für soziale Zwecke					
Krankenhaus (Hekdesch)					
Armenhaus (Hekdesch)					
Altenheim (Hekdesch)					 Ergänzungs-
					 bau-Jüd.
					 Altersheim
					 Jüd. Altersheim
					 Wilhelm-
					 straße
Kinderheim					
Waisenhaus					
Schulen					
					
					
					
					
Andere					
					
					
					
Gebäude für kulturelle Zwecke					
Museumsbauten					
Theaterbauten					
2) Religiöse Bauten und Jüdisches Leben					
Religiöse Bauten					

Synagogen frei stehend				
Synagoge eingereiht		Barocke Gemeindesynagoge Bakenstr. 56 1712		
Andere				
Jüdisches Leben				
Ritualbäder (Mikwaot)				
	Judenstr. 27	Bakenstr. 56	Judenstr. 27	Judenstr. 27
Talmud Lehrstuben (Klausen)		Klaus Rosenwinkel 18 1700	Klaus Rosenwinkel 18 1857	
Friedhöfe	Am Roten Strumpf 1643	Am Berge	Klein Quenstedter Chaussee 1895	
Laubhütten (Sukka)			Klaus Rosenwinkel 18 1857	
			Metallhandel Baer 1882	Spiegelstr. 57 1923
3) Gewerbebauten			Grauer Hof	
Warenhäuser				
Bankhäuser				
Andere		Lehmann Palais 1730	Verwaltungsgebäude Aron Hirsch & Sohn 1872	

3.2 Vorschlag für ein Städtebündnis

3.2.1 Städtebündnis: Halberstadt und Fürth

Das jüdische Stiftungswesen erfuhr ausgehend vom Beginn der Neuzeit bis zur Zeit der Weimarer Republik einen fortlaufenden Funktionswandel und steht dabei in einem engen Verhältnis zur Gesellschaftsentwicklung in Deutschland. Es waren maßgeblich Einrichtungen der katholischen Kirche, die sich der Armen und Hilfsbedürftigen vorrangig in Städten in dazu errichteten Anstalten annahmen. Dabei erstreckte sich die kirchliche Armenfürsorge nur auf die christliche Bevölkerung. Die jüdische Glaubensgemeinde der Städte kümmerte sich hingegen vorrangig um jüdische Mitbürger, die von Armut betroffen waren. Dies war sowohl glaubensbedingt (vgl. hierzu das jüdische Wort *Zedakah* und seine Bedeutung als religiöse Pflicht zur Wohltätigkeit), aber auch oftmals eine Verpflichtung als Bestandteil der Niederlassungsrechte für die jüdische Bevölkerung in den Städten.

Seit dem 13. Jahrhundert drängte die Kirche (mit Unterstützung der Zünfte) verstärkt auf eine Ausgrenzung der Juden aus der Gesellschaft. Nach den Pestpogromen blieben lediglich in Frankfurt und Worms jüdische Viertel erhalten. Wesentliche Zentren jüdischer Gemeinden waren im frühen 15. Jahrhundert noch Nürnberg, Erfurt, Mainz und Frankfurt. Im Ergebnis einer fortlaufenden Vertreibung der jüdischen Bevölkerung von Stadt zu Stadt mit zeitlich befristeten Niederlassungsrechten im 15. Jahrhundert waren im ersten Viertel des 16. Jahrhunderts die letzten größeren Judengemeinden in den Reichsstädten und landesherrschaftlichen Territorialstaaten aufgelöst. Lediglich in Frankfurt und Worms blieben die Judenviertel bis in die Neuzeit erhalten (Herzig, 2002).

Mit Beginn der Frühen Neuzeit im ausgehenden 16. Jahrhundert gab es in den katholischen als auch protestantischen Staaten keine Massenvertreibungen von Juden mehr. Beschränkungen der jüdischen Kultur und Religion waren jedoch in Städten und Territorialstaaten sehr unterschiedlich geregelt. Als tolerant hervorzuheben sind hier die fürstbischöflichen Judenordnungen der geistlichen Territorialstaaten von Köln, Hildesheim, Minden und Halberstadt sowie in Süddeutschland von Bamberg, Mainz, Trier und Speyer mit liberalen Regelungen ohne wesentliche Restriktionen. Von den größeren Reichsstädten ist Frankfurt hervorzuheben.

Die bischöfliche Judenordnung von Halberstadt (1621) ermöglichte mit der Erlaubnis des Baus von Synagogen weitgehende Entfaltungsmöglichkeiten jüdischer Kultur und Religion, die jedoch durch die wiederholten Vertreibungen in den vorangegangenen Jahrhunderten und einem damit verbundenen Verlust der jüdischen Religionsausübung kaum realisierbar war. Mit dem ausgehenden 16. und beginnenden 17. Jahrhundert sind für Halberstadt orthodoxe Stiftungsaktivitäten zunächst mit dem traditionellen Schwerpunkt *jüdisches Leben und Religion* nachgewiesen (vgl. auch Kap. 3.2.2.2). So konnte sich auf der Grundlage des Stiftungswesens die zunächst kleine jüdische Gemeinde in Halberstadt konsolidieren und

entwickeln. Für das vorgeschlagene Städtebündnis wäre das jüdische Stiftungswesen in Halberstadt als Beitrag für das Zeitalter der Frühen Neuzeit zu benennen.

Das bedeutendste und größte jüdische Zentrum im 17. und 18. Jahrhundert in Süddeutschland war die Stadt Fürth. Wesentliche Grundlage dafür waren die großzügigen Niederlassungsrechte, welche durch eine konkurrierende Herrschaft dreier Häuser (das Bamberger Domkapitel, der Markgraf von Ansbach und die Nürnberger Burgherren) ab dem frühen 11. Jahrhundert bis 1792 begünstigt wurden (vgl. hierzu auch Herzig, 2002). Der Schwerpunkt des jüdischen Stiftungswesens liegt im ausgehenden 18. und 19. Jahrhundert. Ausgangslage bildete hierfür die politische Gleichstellung der Juden in dem bereits 1719 unterzeichneten *Reglement für die gemeine Judenschaft*. Insbesondere wohlhabende jüdische Bürger der Stadt Fürth, als Vertreter eines neuen jüdischen Selbstverständnisses und des Reformjudentums, traten als private Stifter zahlreicher sozialer und kultureller Einrichtungen hervor (vgl. hierzu Kap. 3.2.3.2).

Die Stadt Frankfurt weist bis auf wenige kurze Unterbrechungen eine durchgehende jüdische Geschichte auf. Mit Beginn des 19. Jahrhunderts erhielt die jüdische Bevölkerung der Stadt Frankfurt volle Bürgerrechte, die mit dem Grundrechtsbeschluss der Paulskirche vom 20. Dezember 1848 neben der rechtlichen Gleichstellung auch Glaubens- und Gewissensfreiheit proklamierte. Im Zuge eines starken Urbanisierungsprozesses der Stadt Frankfurt ab der Mitte des 19. Jahrhunderts gelang vielen jüdischen Bürgern ein sozialer und wirtschaftlicher Aufstieg. Mit dem größten jüdischen Bevölkerungsanteil (1933 waren es 4,71 Prozent) war Frankfurt im Vergleich zu allen anderen deutschen Großstädten maßgeblich durch seine jüdischen Bürger geprägt (Kingreen, 2010). Das jüdische Stiftungswesen im 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts war gekennzeichnet durch ein breites Spektrum an sozialen, aber auch kulturellen Stiftungsvorhaben. Hervorzuheben sind innovative Stiftungszwecke, die über die historische Fokussierung auf eine städtische Armen- und Krankenversorgung hinausgehen, aber auch das finanzielle Volumen von jüdischen Stiftungen, welches im Vergleich zu anderen konfessionell gebundenen Stiftungen deutlich höher lag. Das freiwillige soziale Engagement jüdischer Stifter und Stifterinnen in Frankfurt ist dabei richtungsweisend für den modernen Sozialstaat. Im Ergebnis der Luftangriffe im 2. Weltkrieg ist das materielle Erbe jüdischer Stiftungen allerdings in großen Teilen zerstört worden.

Die im Rahmen der Welterbekonvention wichtigen Kriterien (ii) und (iii) zur Ablesbarkeit wären durch die Vielzahl noch vorhandener Gebäude verbunden mit dem jüdischen Stiftungswesen in herausragender Weise für die hier diskutierten Städte nur in Halberstadt und Fürth und mit Einschränkungen in Frankfurt gegeben. Dazu wird auf den erfolgreichen Antrag der Stadt Trebic, Tschechische Republik (Welterbe seit 2003) und die positive Begutachtung des UNESCO Welterbekomitees verwiesen, in der festgestellt wird, dass Kriterium (iii) (hier jüdische Gesellschaft im Mittelalter) in vorbildlicher Weise mit dem Kriterium (ii) verbunden ist.

3.2.2 Das jüdische Stiftungswesen in der frühen Neuzeit in Halberstadt und dessen Beitrag zur Entwicklung des modernen Sozialstaates

3.2.2.1 Die Geschichte der Halberstädter Juden

Das vor mehr als 1.000 Jahren als karolingischer Bischofssitz gegründete Halberstadt blickt auf Jahrhunderte jüdischen Lebens in der Stadt zurück. Die erste urkundliche Erwähnung von Juden ist ein Schutzbrief, den Bischof Volradus von Kranichfeld in Übereinstimmung mit dem Stadtrat und der Bürgerschaft 1261 ausgestellt hatte. Daraus geht hervor, dass Juden schon früher unter dem Schutz der Bischöfe in der Stadt ansässig gewesen waren.

Über die Existenz der Juden in Halberstadt in den darauf folgenden Jahrhunderten gibt es nur spärliche Quellen, die die Geschichte von Ansiedlung, Vertreibung und auch Flucht aus der Stadt gemeinsam mit den christlichen Einwohnern erzählen. Überliefert ist die Existenz der Naschim Zadkanioth (Verein der frommen Frauen), deren Statuten 1492 erstmals gedruckt wurden und deren früheste Protokolle aus dem Jahr 1791 datieren.

Stabilere Verhältnisse entwickelten sich im 17. Jahrhundert. Wie das Memorialbuch der Gemeinde festhält, förderte Bischof Heinrich Julius die Entwicklung der jüdischen Gemeinschaft in Halberstadt, indem er für mehrere jüdische Familien einen Schutzbrief mit der Erlaubnis ausstellte, eine Synagoge zu bauen. Diese wurde im Dreißigjährigen Krieg, 1621, durch die Landstände zerstört, die mit allen Mitteln die Existenz von Juden in Halberstadt zu verhindern suchten. Gegen solche Bestrebungen richtete sich in den 1630er Jahren die gezielte Ansiedlungspolitik des Bischofs Erzherzog Leopold Wilhelm, die zu einem erheblichen Wachsen der jüdischen Gemeinde führte. Von dem Erfolg zeugen die Gründung des Mohalim-Vereins 1641 und der Ankauf des Begräbnisplatzes Am Roten Strumpf 1645. Später wurden die Begräbnisplätze Am Berge (***) und Klein Quenstedter Chaussee (1895) hinzu gekauft. Alle drei Friedhöfe sind erhalten und zugänglich.

Die Ansiedlungspolitik Leopold Wilhelms führte der Große Kurfürst systematisch fort, als Halberstadt mit dem Westfälischen Frieden 1648 Teil Brandenburg-Preußens wurde. Niederschlag fand sein Handeln in dem Generalgeleit von 1650 für elf jüdische Familien, mit dem er den Juden das *Halten einer Synagoge* gegen Zahlung eines Goldgulden per anno gewährte. Die Stände leisteten weiterhin Widerstand gegen diese Politik und richteten Eingaben an den Kurfürsten mit dem Ansinnen, das weitere Wachsen der jüdischen Gemeinde zu verhindern. Der Große Kurfürst reagierte mit einem Reskript, das eine Synagoge untersagte. Daraufhin zerstörten die Stände 1669 die Halberstädter Synagoge. Die jüdische Gemeinde dieser Zeit war so stark, dass sie beim Kurfürsten mit einem gewissen Erfolg gegen die Stände klagte.

Von dem residenzlosen Halberstadt aus wirkte der aus Essen stammende Issachar Berman Halevy (1661–1730) als Hofjude für Brandenburg-Preußen, Hannover, Braunschweig und Sachsen für August den Starken. Für Letzteren agierte Berend Lehmann erfolgreich europaweit. Da aber für Sachsen ein Verbot für die Zuwanderung von Juden bestand, konnte August II. Lehmann nicht an seinen Hof nach Dresden holen, Lehmann hatte vielmehr einen Schutzbrief für Halberstadt in Brandenburg-Preußen. Lehmanns Aktivitäten verstärkten die Zuwanderung von Juden nach Halberstadt, sowohl von denen, die eigenständig die Abgaben für die Schutzbriefe aufbringen konnten, als auch von armen, die z. T. in den Schutzbriefen vermögender Juden mitgeführt wurden. Als Schatzkammer versuchte Lehmann die Lebensumstände der Juden in den genannten Ländern und in Polen zu verbessern. Sein Hauptanliegen war die Verbesserung der Strukturen jüdischen Lebens, d.h. Druck von religiösen Texten - hier ist vor allem die Finanzierung des Neudrucks des Babylonischen Talmuds (1696-1699) zu nennen sowie um 1700 die Stiftung der Halberstädter Klaussynagoge als Lehrhaus. Lehmann sicherte die langfristige Erhaltung der Klaussynagoge, indem er der jüdischen Gemeinde Halberstadt den Bau einer der prächtigsten Barocksynagogen der Zeit über ein Darlehen finanzierte, dessen Zinserträge für den Unterhalt der Klaussynagoge zu verwenden waren. Dieses Finanzierungskonstrukt führte dazu, dass die Klaussynagogenstiftung mit dem Konzept, dass mindestens zwei bedeutende Rabbiner der Zeit dort lernen und lehren sollten, bis 1938 existierte und funktionierte.

Die Zahl der Juden stieg in diesem Zeitraum, dem frühen 18. Jahrhundert, bis zu 10% an der Gesamtbevölkerung der Stadt Halberstadt an.

Die Bedeutung, die dem Lernen beigemessen wurde, spiegelt sich ebenfalls in der Gründung der Stiftung Hascharath Zebi durch Hirsch Köslin (= Hirsch Isaac Borchert) 1795. Der Zweck der Stiftung war, Elementarunterricht für unbemittelte Jugendliche zu gewährleisten. Neben Bibel, Religion und Talmud wurden deutsche Sprache, Rechnen und die zum gesellschaftlichen Verkehr unumgänglich erforderlichen Kenntnisse von einem Ober- und einem Unterlehrer unterrichtet, und die Schule dazu von einer geeigneten Administration regelmäßig revidiert. Die Hascharath Zebi existierte als sehr renommierte Bildungseinrichtung bis 1941. Drei ehemalige Schullokale sind erhalten (Judenstr. 27, Rosenwinkel 18, Westendorf 15).

1766 erwarb die jüdische Gemeinde das Gebäude Judenstr. 26 für die Einrichtung einer Gemeindemikwe (Ritualbad), die von einem Badeanstalt-Verein unterhalten werden sollte. Dieser scheint nicht erfolgreich gewesen zu sein, da bis in das 20. Jahrhundert hinein in den Gemeindeprotokollen die finanziellen Nöte der Einrichtung Thema sind, und erst Ende des 19. Jahrhunderts durch das finanzielle Engagement der Unternehmerfamilie Hirsch eine für den Zweck baulich akzeptable Lösung gefunden wird.

Das Memorialbuch nennt für den beschriebenen Zeitraum mehrere Schtadlanim (Vorgeher, Fürsprecher), die zur Stärkung des Gemeindelebens wohltätige Vereine gründeten: Chewrah Kadischah (Beerdigungsverein, 1693), Bikkur Cholim (Kranken-Verein, 1707), die Chewrah zur Ausstattung unbemittelter Mädchen und der Peri-Ez-Chajim-Verein (Holzverteilungsverein, o. J.), Tifereth Jeschurun (1789), Schomer-Sabbat-Verein (Versorgung der ansässigen Armen mit Fleisch für die Sabbate und Festtage, o.J.), Brodtverteilungsverein (Versorgung der ansässigen Armen mit Brot, o.J.), Frauenverein (Unterstützung armer Wöchnerinnen, Übernahme der Aufgaben des Kranken- und des Beerdigungsvereins bzgl. armer Mädchen und Frauen, tägliches Lernen eines Mischna-Abschnitts durch zwei Schriftgelehrte im Hause einer der Vorsteherinnen, o.J.) und Talmud-Thora-Verein (o.J.).

Der Rabbiner Benjamin Hirsch Auerbach schreibt in seiner *Geschichte der israelitischen Gemeinde Halberstadt* (1866) zu den Stiftungen und Vereinen: „Es ist Tatsache, dass das erste charakteristische Zeichen von dem Dasein einer frommen Gemeinde die Existenz von Vereinen in ihrer Mitte ist, deren Tendenz sein soll, jene drei Säulen, auf welchen nach dem Worte der Weisen, die Welt beruht, innerhalb der Gemeinde zu befestigen: Thora, Awodah und Gemiluth Chassidim.“ (S. 128)

Als Rabbiner Auerbach die Gemeindeschichte verfasste, hatte die Halberstädter Gemeinde eine schwierige Phase durchlaufen, die von finanziellen Nöten und Abwanderung geprägt war. Es war auch die Zeit der Neuorientierung innerhalb der jüdischen Gemeinschaft, und die Halberstädter Gemeinde entschied sich für den an Tora und Talmud gebundenen gesetzestreuen Weg. Trotzdem hatte die Gemeinde in der schwierigen Zeit Unterstützung, auch in finanzieller Hinsicht, durch den Hannoveraner Bankier Israel Jacobson (1729-1803) erfahren, den Begründer des Reformjudentums, der aus Halberstadt stammte. Die Stiftung Israels *Ehrenkranz* wurde im Todesjahr Israel Jacobsons, 1803, mit 10.000 Talern ausgestattet und zum Zweck der Armenfürsorge begründet. Darüber hinaus gingen aus einem Hannoveraner Legat Israel Jacobsons (1768 -1803) an die Armen Halberstadts jährlich an dem Todestag Jacobsons 75 Taler. Neben dieser bedeutenden Stiftung sind aus dem gleichen Zeitraum mindestens fünfzehn weitere kleine Legate bekannt, alle mit dem Zweck der Armenfürsorge.

Mitte des 19. Jahrhunderts trat die Unternehmerfamilie Hirsch in die Nachfolge von Berend Lehmann als Mäzen der Halberstädter Gemeinde. Aron Hirsch (1783 - 1842) hatte 1805 mit Altmetallhandel das Unternehmen Hirsch gegründet. Er eignete sich metallurgische Kenntnisse an, um im Zeichen der Industrialisierung auch in der Produktion aktiv zu sein. Die Verknüpfung von wirtschaftlichem Sachverstand mit aktuellen wissenschaftlichen Erkenntnissen war der Erfolgsfaktor für die Unternehmenspolitik von Hirsch und bedeutete die Entwicklung zu einem weltumspannenden Unternehmen. Der Kupferhammer in Ilsenburg (1829/1859) und das Messingwerk bei Eberswalde (1863) waren die beiden großen

Produktionsstätten. Hinzu kamen der Metallhandel und Beteiligungen an Unternehmen wie die AEG.

Hirschs schufen in Halberstadt eine Infrastruktur, die ein gesetzestreuendes Leben nach der Halacha, dem jüdischen Religionsgesetz, möglich machte: die Versorgung mit koscheren Produkten wurde gesichert, an Sabbat und den jüdischen Feiertagen war arbeitsfrei. Deshalb blieb die Halberstädter Gemeinde auch in der Phase der Akkulturation in die nicht-jüdische Umgebungsgesellschaft stark, obwohl diese in der Regel die Abwanderung in die Anonymität der Großstädte und demzufolge die Auflösung der Gemeinden in kleinen Orten bedeutete. Hirschs stärkten die Klaussynagogengründung (Errichtung eines Neubaus), die Haschara Zebi und viele der schon existierenden Stiftungen und Chewroth. Dadurch stärkten sie auch den Ruf der Halberstädter Gemeinde als Zentrum der Neo-Orthodoxie. Hirschs wirkten auch über die Grenzen von Halberstadt hinaus: Mit der Stiftung Neue Shalom (1842) errichteten Joseph, Gustav und Siegmund Hirsch vier Familienwohnungen in Jerusalem für *würdige Bedürftige*. Für das neu gegründete Technion in Haifa stifteten die Brüder den Grundstock der Bibliothek.

Die Familie Hirsch war bis 1927, als der Standort Halberstadt mit der Verwaltung des Metallhandels aufgegeben wurde, im Kontext des Gemeindelebens im explizit religiösen Verständnis als Stifter und Mäzen aktiv. Ende des 19. Jahrhunderts wurden Mitglieder der Halberstädter Synagogengemeinde, die sich von dem konkret religiösen Kontext abgewandt hatten, im politisch-sozialen Bereich aktiv. Dies in besonderem Maße bei der SPD. Moritz Crohn, der Ende des 19. Jahrhunderts aus Polen, wo ihm schon der Hochverratsprozess wegen sozialistischer Umtriebe gemacht worden war, nach Halberstadt gekommen war, gehörte zu den frühen Sozialdemokraten in Halberstadt. Er wirkte hier als Armenarzt und kämpfte als Stadtverordneter für die Verbesserung der Lebenssituation der Armen. Sozial und sozialdemokratisch engagiert war auch Willi Cohn, Eigentümer des bekanntesten Kaufhauses in Halberstadt. Für seine Mitarbeiter baute er ein Sozialwesen mit Krankenversicherung und Erholungsheim auf und sorgte für die berufliche Qualifizierung des Personals durch eine eigene Schule und Unterrichtsmaterialien. Gemeinsam mit Crohn kaufte er für die SPD am Domplatz ein Druckhaus für die sozialdemokratische Presse (Gebäude am Domplatz ist erhalten). Paul Crohn, Sohn von Moritz Crohn, gründete in Magdeburg das sozialdemokratische Reichsbanner und spielte eine entscheidende Rolle im sog. Haas-Hösing-Prozess.

Andere jüdische Unternehmer richteten in diesem Zeitraum Betriebskranken- und Rentenkassen ein.

Der Liberale Max Hirsch war einer der Väter der Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften, die als liberale Antwort auf die sozialdemokratischen Arbeiter-Bildungsvereine entstanden.

Das Berend Lehmann Museum für jüdische Geschichte und Kultur ist nach dem Hofjuden Berend Lehmann (1661- 1730) benannt, einem der bedeutendsten Hofjuden seiner Zeit. Von Halberstadt aus war er für die Höfe von Preußen, Hannover, Braunschweig und vor allem für August den Starken in Sachsen tätig. Aus dieser starken Position heraus konnte Berend Lehmann viel zur Verbesserung der Situation der Juden in Halberstadt, aber auch in Polen leisten. Seine geschäftlichen Aktivitäten zogen weitere jüdische Unternehmer und Kaufleute an, und Lehmann schuf Möglichkeiten zur dauerhaften Niederlassung von armen Juden.

Ein besonderes Anliegen war es Lehmann, das religiöse Leben der Jüdischen Gemeinschaft zu fördern. So finanzierte er ab 1696 den ersten Druck des Babylonischen Talmud in Deutschland. Um 1700 stiftete er in Halberstadt die Klaussynagoge als Lehrhaus. Die prächtige Barocksynagoge, die Berend Lehmann der Jüdischen Gemeinde finanzierte, wurde 1712 eingeweiht.

Die Aktivitäten Berend Lehmanns führten die Jüdische Gemeinde Halberstadt zur Blüte.

3.2.2.2 Die Ablesbarkeit der jüdischen Stiftungen in Halberstadt

Kern des Berend Lehmann Museums ist die in wesentlichen Teilen erhaltene Mikwe (Ritualbad) der ehemaligen jüdischen Gemeinde Halberstadt. Sie befindet sich im Keller eines der im 16. Jahrhundert erbauten Reihenfachwerkhäuser in der Judenstraße, in der Nr. 26. Verborgen und umschlossen von dieser Häuserreihe und den Häusern der Bakenstraße stand im jüdischen Viertel unterhalb des Domplatzes die barocke Gemeindesynagoge.

Die Mikwe gehört neben Synagoge und Friedhof zu den unabdingbaren Einrichtungen einer jüdischen Gemeinde. In der Regel befindet sich die Mikwe im Umfeld einer Synagoge, so wie es auch in Halberstadt der Fall war. Wörtlich übersetzt bedeutet Mikwe *Wasseransammlung* und ist ein rituelles Tauchbad, das den Zustand von Menschen und Geräten vom kultisch Unreinen zum Reinen verändert. Dazu ist das Untertauchen des ganzen Körpers in ungeschöpftem, *lebendigem* Wasser vorgeschrieben, das ist eine Quelle, ein Fluss, gesammeltes Regenwasser oder Grundwasser.

Außerhalb der mittelalterlichen Stadtmauer, jedoch in direkter Nachbarschaft zum ehemaligen jüdischen Viertel liegen die beiden ältesten jüdischen Friedhöfe *Am Roten Strumpf* und *Am Berge*. Seit Mitte des 17. Jahrhunderts fanden dort Bestattungen statt. Große Gelehrte und Unternehmerpersönlichkeiten, wie Berend Lehmann und Aron Hirsch ruhen hier. Die Halberstädter jüdischen Friedhöfe sind ein einzigartiges Zeugnis der bedeutenden Gemeinde und ihrer in der Neo-Orthodoxie verwurzelten Bestattungskultur.

Die Klaussynagoge im Rosenwinkel 18 entstand um 1700. Eine Zeit, in der die jüdische Gemeinschaft in Deutschland klein war und weitgehend ohne religiöse Bildung auskommen musste. Der in Halberstadt ansässige Hofjude Augusts des Starken, Berend Lehmann (1661 –

1730), wollte in dieser Situation mit seinem Vermögen und seinem Einfluss zum Wohle seiner Glaubensgemeinschaft wirken. Dazu richtete er mit der Genehmigung des brandenburgischen Landesherrn, dem nachmaligen ersten König in Preußen, Friedrich I., die Klaussynagoge als Lehrhaus in einem eigens dafür gebauten Gebäude ein. Hier sollten drei bis vier bedeutende Gelehrte auf Berend Lehmanns Kosten dem Torastudium *auf ewige Zeit* nachgehen. Tatsächlich konnte die Klaussynagoge im Sinne Berend Lehmanns bis zu ihrer Aufhebung durch die nationalsozialistische Politik bestehen. Wesentlichen Anteil daran hatte seit Mitte des 19. Jahrhunderts die Halberstädter Unternehmerfamilie Hirsch. Der Begründer der Firma *Aron Hirsch & Sohn* war Sohn des Klausrabbiners Hirsch Göttingen. Das Unternehmen entwickelte sich zu einem der führenden in der deutschen Metallindustrie. Die Familie Hirsch repräsentierte die neo-orthodoxe Ausrichtung der Halberstädter Gemeinde: gesetzestreu und Judentum und traditionelle Gelehrsamkeit in Verbindung mit bürgerlicher Kultur und moderner Weltoffenheit.

Als Zentrum der Neo-Orthodoxie hatte die Klaussynagoge eine herausgehobene Position, so dass Joseph Hirsch 1857 einen Neubau im Rosenwinkel 18 errichten ließ. Dieses Gebäude folgt in seiner Architektur den Vorstellungen seines Stifters Berend Lehmann: Es stehen drei Wohnungen für die Rabbiner und ihre Familien zur Verfügung, und der Synagogenraum mit dem anschließenden Studierzimmer, dem Bet Hamidrasch, wird nun als von außen erkennbarer Sakralbau gestaltet. Die Bedeutung der Familie Hirsch für die jüdische Gemeinde in Halberstadt und die einzigartige Entwicklung, die diese innerhalb des deutschen Judentums nimmt, kann nicht hoch genug eingeschätzt werden.

In der Pogromnacht 1938 blieb das Gebäude der Klaussynagoge unversehrt. Als Eigentum einer jüdischen Stiftung wurde die Klaussynagoge arisiert. Mit der Oberfinanzdirektion als Vermieter wurde das Gebäude als ein sog. Judenhaus genutzt. Am 12. April 1942 wurden alle hier einquartierten jüdischen Bewohner deportiert. Ab 1944 wurde das Gebäude als Zwangsarbeiterlager genutzt. Im Zuge dieser Nutzung wurde der über zwei Ebenen reichende Synagogenraum durch eine Zwischendecke geteilt, im Garten und in dem Hof zum Rosenwinkel hin wurden Baracken errichtet. Nach Kriegsende wurden in dem Gebäude Flüchtlinge einquartiert, später wurde eine Pinselfabrik untergebracht, dann war es Wohngebäude. Mit der Wende wurde die Klaussynagoge als ehemaliges jüdisches Eigentum ohne leibliche Erben an die Jewish Claims Conference restituiert.

1996 konnte das Gebäude mit privaten Mitteln für die Stiftung Moses Mendelssohn Akademie angekauft werden. Nach einer grundlegenden Restaurierung nahm die Moses Mendelssohn Akademie am 9. November 1998 die Arbeit in der ehemaligen Klaussynagoge auf und führte sie wieder ihrer ursprünglichen Zweckbestimmung als Lehrhaus zu.

3.2.3 Das jüdische Stiftungswesen des 18. und 19. Jahrhunderts in Fürth und dessen Beitrag zur Entwicklung des modernen Sozialstaates

3.2.3.1 Die Geschichte der Fürther Juden

Fürth war für mehrere Jahrhunderte Heimat der größten jüdischen Gemeinde Süddeutschlands. Als jüdisches religiöses Zentrum war sie Schauplatz der Errichtung des ersten deutschen Waisenhauses, der Lehre an der renommierten Talmudhochschule oder der Geburt des Politikers Henry Kissinger.

Die ersten Juden lebten seit dem 10. Jahrhundert auf dem Gebiet des heutigen bayerischen Freistaates. Die erste urkundliche Erwähnung eines Fürther Juden findet man in dem Geschichtsbuch der Stadt aus dem Jahr 1440 (Jochem, 2006; Windsheimer, 2007). Ab 1588 mehrte sich die Ansiedlung von Juden in der Stadt zunehmend. Zwischen dem 17. und dem 18. Jahrhunderte entwickelte sich in Fürth eine der bedeutendsten und größten jüdischen Gemeinden. Im ausgehenden 18. Jahrhundert waren knapp ein Viertel aller Fürther Bewohnerinnen und Bewohner jüdischen Glaubens (Bielefeldt, 2005).

Die Entfaltung der jüdischen Gemeinde in Fürth lässt sich an einer Vielzahl von Sachverhalten darstellen:

Fürth war über Jahrhunderte hinweg von einer Herrschaft dreier Repräsentanten geprägt, die sich auf wirtschaftlicher und politischer Ebene als Konkurrenten betrachteten. Das Bamberger Domkapitel erhielt Anteile an der Stadt durch die Schenkung Fürths von Kaiser Heinrich an das 1007 gegründete Bamberger Bistum. Der Markgraf von Ansbach forderte ebenfalls seine hoheitsrechtlichen Ansprüche ein. Ebenso beanspruchten die Nürnberger Teile des benachbarten Gebietes. Ließen sich Juden in Fürth nieder, waren sie gezwungen Schutzgeld an den jeweiligen Herren abzutreten. Aufgrund der bestehenden Konkurrenz zwischen den drei Schutzherren wirkte sich die Dreierherrschaft positiv auf die Ansiedelung von Juden aus. Besonders nach Beendigung des Dreißigjährigen Krieges lockte jeder der drei Herren Juden nach Fürth, um den erheblichen Bevölkerungsverlust auszugleichen und sich wirtschaftlich an den Juden zu bereichern (Renda, 1990; Windsheimer, 2007).

Zusätzlich zu der gewünschten Ansiedlung von Juden aufgrund von lokalen wirtschaftlichen Interessen, spielten auch überregionale politische Motive eine Rolle. Die Nachbarstadt Nürnberg duldete Juden zwar noch als Händler, als Bürger wurden sie jedoch nicht anerkannt. Ab 1499 wurden Juden aus Nürnberg vertrieben und sie siedelten sich aufgrund der räumlichen Nähe auch in Fürth an (Bielefeld, 2005). Auch niederländische und französische Glaubensflüchtlinge fanden nach dem Dreißigjährigen Krieg 1648 in Mittelfranken eine neue Heimat (Windsheimer, 2007). Eine weitere Welle jüdischer Vertriebener flüchtete 1670 aus der Habsburger Monarchie. Reiche und bekannte jüdische

Talmudisten und Handwerker wurden u.a. aus Wien verstoßen und siedelten sich in Fürth an (Bielefeld, 2005; Windsheimer, 2007).

Neben der Nähe zu Nürnberg bot Fürth weitere Voraussetzungen für die Entfaltung einer jüdischen Gemeinde: Ihnen wurden vergleichsweise viele Privilegien eingeräumt und Möglichkeiten geboten.

Beispielsweise konnte die Gemeinde 1604 ein Grundstück des Bamberger Dompropstes erwerben, um gemäß ihren jüdischen Traditionen Bestattungen vornehmen zu können. Der alte Friedhof wurde 1607 angelegt und bis 1936 genutzt (Bielefeld, 2005). Jüdische Gottesdienste wurden nachweislich ab 1601 gefeiert. Seit 1607 war mit Simon Ben Joseph der erste Rabbiner in Fürth tätig. Die Hauptsynagoge konnte 1617 feierlich eingeweiht werden (Windsheimer, 2007). Im Jahr 1606 wurde zum ersten Mal die Talmudhochschule erwähnt. Sie avancierte zur bekanntesten und renommiertesten Jeschiwa und trug dazu bei, Fürth als geistigen jüdischen Mittelpunkt im deutschsprachigen Raum zu etablieren (Bielefeld, 2005, Windsheimer, 2007). Gemäß der jüdischen Tradition kümmerte sich die Begräbnisbruderschaft nicht nur um die Beisetzung der Toten auf den bestehenden Alten Friedhof, sondern auch um die Krankenpflege. So wurde bereits 1653 ein in Friedhofsnähe gelegenes Hospital eröffnet. Dieses älteste jüdische Krankenhaus Deutschlands beschäftigte jüdische, als auch christliche Ärzte (Bielefeld, 2005).

Die Synagoge, die Talmudhochschule, aber auch eine jüdische Schlächtereier, eine Blätterstube als Unterkunft für Reisende und die Wohnungen des Rabbiners, des jüdischen Arztes und des Vorsängers bildeten das jüdische religiöse Zentrum der Stadt Fürth. Dieser sogenannte Schulhof (Schul als jiddisches Wort für Bet- und Lehrhaus) formte durch eine Mauer zum Schutz der Thora ein eigenständiges Stadtquartier. Neben diesem israelitischen Schulhof wurden in ihrer unmittelbaren Nähe eine Vielzahl von privaten Bethäusern und Talmudlehrstuben eingerichtet. Fürth entwickelte sich zu einem der wichtigsten Orte in den deutschen Provinzen, an denen die Lehre des orthodoxen Judentums verbreitet werden konnte (Windsheimer, 2007). Diese gegebene Infrastruktur, in der sich der jüdische Glaube gut ausleben konnte, ermunterte weitere Gläubige sich in Fürth niederzulassen.

Die Zuwanderer brachten ihre Kenntnisse mit und trugen so direkt zur Entwicklung der Stadt Fürth bei. Im 18. Jahrhundert avanciert der kleine Marktflecken auch aufgrund des Könnens der jüdischen Handwerker (Spiegelproduzenten, Schreiner oder Kaufleute) zu einem florierenden Gewerbeort.

Die Akzeptanz der jüdischen Bevölkerung und ihre Anteilnahme am öffentlichen Leben äußern sich in einer Vielzahl an jüdischen Zuwendungen, die auch außerhalb des jüdischen Schulhofs getätigt wurden. Gabriel Fränkel stiftete die Gabrielschul, eine private Talmudschule, der 1710 noch eine Synagoge angebaut wurde. Weiterhin wurde ein von Israel Lichtenstädter gegründeter karitativer Verein zur Unterstützung jüdischer Waisenkinder

eingerrichtet. Diese *Waisschul* gilt als das erste Waisenhaus Deutschlands (Bielefeld, 2005; Jochem, 2006).

Der wirtschaftliche und gesellschaftliche Erfolg der Fürther Juden mündete 1719 in einer offiziellen politischen Gleichstellung der Juden mit den christlichen Mitbürgern der Stadt Fürth. In dem vom Bamberger Dompropst und den jüdischen Gemeindevorstehern unterzeichneten *Reglement für die gemeine Judenschaft* wurde den Juden in 39 Punkten die bestehenden Rechte schriftlich bestätigt, u.a. (Windsheimer, 2007):

- Die Niederlassung von Juden wurde durch das Zahlen von Schutzgeld legitimiert
- Die Juden durften sich zu einer anerkannten Gemeinde zusammenschließen
- Über Neuaufnahmen in die Gemeinde entschied diese eigenständig
- Die Gemeinde wählte eigenständig die Rabbiner und den Gemeindevorsteher
- Die Gemeinde durfte ihre religiösen Traditionen und Gesetze praktizieren
- Bei innergemeindlichen Streitfällen, schulischen oder religiösen Auseinandersetzungen durfte eine eigene Jurisdiktion vollstreckt werden

Bereits 100 Jahre vorher besiegelte der Markgraf von Ansbach ähnliche Rechte für die auf sein Geheiß hin in Fürth angesiedelten Juden. Diese Rechte stärkten das Gemeindeleben und das Entfalten der Fürther jüdischen Gemeinde (Windsheimer, 2007).

Als Fürth 1806 dem Königreich Bayern zugeordnet wurde, verschlechterte sich die Situation der jüdischen Bürger der Stadt Fürth. Es wurde 1813 ein *Edikt, die Verhältnisse der jüdischen Glaubensgenossen im Königreich Bayern betreffend* erlassen, welches der Entwicklung der jüdischen Gemeinde Einhalt gebot. Durch den Matrikelparagraphen wurde die Zahl der jüdischen Einwohner auf den Status Quo limitiert. Die jüdischen Familien mussten deutsche Familiennamen annehmen. Zusätzlich behielten sich die bayerischen Behörden das Recht vor, jüdische Schulen schließen zu dürfen. Dieses Judenedikt wurde von 1820 bis in die 60er Jahre des 19. Jahrhunderts praktiziert (Bielefeld, 2005; Mayer, 2000; Windsheimer, 2007).

Durch die Reichsgründung erfolgte die gesetzliche Gleichstellung der jüdischen Bürger durch das Reichsgesetz von 1871. Als Folge dieser Gleichstellung stifteten jüdische Bürger nicht nur für Gemeindegzwecke, sondern zunehmend auch für städtische Absichten. 1889 beteiligten sich vorrangig jüdische Bürger finanziell am Bau des Fürther Stadttheaters (1902). Der 1836 in Fürth geborene Heinrich Berolzheimer stiftete 1906 das *Berolzheimerianum*, ein Bildungsinstitut vorrangig für Erwachsene. Eine jüdische Realschule wurde 1862 eröffnet. Der bekannte *Centaurenbrunnen* auf dem Bahnhofsvorplatz der Stadt Fürth wurde von den jüdischen Bürgern Dr. Wilhelm Königswarter und Joseph Pfeifer Morgenstern 1902 erbaut. Im Jahre 1909 wurde das *Nathansstift*, ein Haus zur Wöchnerinnen- und Kleinkindfürsorge, eingeweiht. Es wurde von dem Juden Alfred Nathan gestiftet. Deutlich wird an diesen Beispielen, dass die Fürther Juden einen großen Beitrag zur Entwicklung der Stadt Fürth leisteten.

Fürth konnte zusammenfassend durch seine politischen Rahmenbedingungen die Ansiedlung von Juden über die Jahrhunderte hinweg forcieren. Im 17. und 18. Jahrhundert konnte sich die jüdische Gemeinde weiter entfalten und avancierte zu einer der größten und bedeutendsten jüdischen Gemeinde im deutschsprachigen Raum. Die wohltätigen Stiftungen jüdischer Bürger trugen nicht nur zur Entwicklung der jüdischen Gemeinde bei, sondern sie bereicherten ebenso die Stadt Fürth auf kultureller und sozialer Ebene.

3.2.3.2 Das jüdische Stiftungswesen des 18. und 19. Jahrhunderts in Fürth und dessen Beitrag zur Entwicklung des modernen Sozialstaates

Im 18. und 19. Jahrhundert wurde durch die oben genannten rechtlichen und sozialen Rahmenbedingungen eine Atmosphäre geschaffen, in welcher sich das jüdische Wohlfahrtssystem in Fürth entfalten konnte: die jahrhundertelange Dreierherrschaft, die Möglichkeit sich infrastrukturell zu entwickeln oder das *Reglement für die gemeine Judenschaft*.

Neben diesen spezifischen lokalen Gründen spielten darüber hinaus auch überregionale soziopolitische Hintergründe bei der Entfaltung des jüdischen Wohlfahrtssystems eine große Rolle.

Zum Einen blieb den deutschen Juden das existierende System der (christlichen) sozialen Fürsorge verwehrt (Ludwig/Schilde, 2010). Aufgrund der isolierten Stellung der deutschen Juden in der Gesellschaft war das jüdische System der Fürsorge bis in das 20. Jahrhundert hinein von lebenswichtiger Bedeutung.

Des Weiteren ist die steigende Anzahl an jüdischen Stiftungen als ein Indiz für das Integrationsbestreben der jüdischen Bevölkerung des 18. und 19. Jahrhunderts zu verstehen. Durch die Emanzipation der jüdischen Bürger stifteten sie nicht nur für religiöse Zwecke, sondern zunehmend auch für städtische Institutionen oder Vereine (Ludwig/Schilde, 2010). Somit nahmen sie nicht nur am kulturellen und gesellschaftlichen Leben teil, sondern setzten auch Akzente in der Stadtplanung.

Die Emanzipation der Bürger jüdischen Glaubens und die staatliche Liberalisierung bedingten sich gegenseitig. Durch die wirtschaftliche Befreiung von Einschränkungen im 19. Jahrhundert war es den jüdischen Bürgern möglich, sich wirtschaftlich zu stabilisieren (Dexelmüller, 1988). Aufgrund der besseren Entfaltungs- und Verdienstmöglichkeiten stand mehr Geld für die Vergabe an Stiftungen zur Verfügung.

Die Gründung einer jüdischen Stiftung, die den christlichen Mitmenschen nicht verschlossen war, zeigt auf, dass die Vorstellungen einer liberalen und fortschrittlichen Bürgerschaft im 19. Jahrhundert die Grenzen der Religionen durchbrachen (Ludwig/Schilde, 2010).

Einen weiteren Grund für die Herausbildung des umfassenden jüdischen Wohlfahrtssystems liegt in der Religion selbst. Der Ursprung der jüdischen Wohlfahrt und das Gebot der sozialen Gerechtigkeit sind tief im jüdischen Glauben verankert. Es gilt als Verantwortung gegenüber Gott (Stecklina, 2007). Die Barmherzigkeit offenbart sich im jüdischen Glauben besonders anhand der *Zedakah* und des *Gemilut Chessed*. *Zedakah* bedeutet soviel wie Gerechtigkeit und beinhaltet die religiöse Pflicht der Juden, Wohltätigkeit zu leisten. Es existiert somit ein Rechtsanspruch auf Hilfeleistungen für die sozial Benachteiligten in einer jüdischen Gemeinde (Ludwig/Schilde, 2010; Hennings, 2008). *Gemilut Chessed* äußert sich in einer freiwilligen Wohltätigkeit. Durch freiwilliges Engagement und die persönliche Anteilnahme am Schicksal der anderen Gemeindemitglieder wird das Gebot der Nächstenliebe praktiziert (Ludwig/Schilde, 2010; Hennings, 2008).

Zusätzlich unterscheidet sich das jüdische Wohlfahrtssystem von dem christlichen in einem grundlegenden Punkt: der Hilfe zur Selbsttätigkeit. In der jüdischen Kultur ist es das höchste Ziel, den Armen so zu helfen, dass sie wieder selbstständig leben und sich aktiv an der Gesellschaft beteiligen können. Im Gegensatz dazu war die christliche Wohlfahrt auf das Verteilen von Almosen begrenzt. Diese jüdische Praxis der Hilfe zur Selbsthilfe legte den Grundstein des modernen Verständnisses der sozialen Arbeit. (Ludwig/Schilde, 2010).

Diese genannten religiösen Praktiken und die oben erläuterten lokalen und überregionalen Voraussetzungen bildeten die Grundlage des heute existierenden modernen Sozialstaates. Lange bevor Bismarck 1883 mit der Krankenversicherung die erste Sozialversicherung einführte, existierte in der jüdischen Kultur ein nachhaltiges System der Wohlfahrt.

3.2.3.3 Die Chronologie der jüdischen Stiftungen in Fürth und deren Ablesbarkeit

Besonders im 18. und 19. Jahrhundert war Fürth bekannt als geistiges jüdisches Zentrum in deutschsprachigen Raum. Noch heute, 50 Jahre nach den Grausamkeiten des Zweiten Weltkrieges, lassen sich Spuren des jüdischen Lebens in Fürth erkennen:

1. Der Gedenkstein am ehemaligen jüdischen Schulhof (ab spätem 16. Jahrhundert):

Der Israelitische Schulhof mit seinen Synagogen (die erste wurde 1617 eingeweiht), seiner Talmudhochschule, den Rabbinerwohnungen, der Scharre und der Blätterstube wurden in der Reichspogromnacht bis auf die Grundmauern zerstört. In den 60er Jahren wurde das Quartier im Rahmen der Flächensanierung Fürth fast vollständig überbaut. Nur ein kleiner Platz erinnert noch an das jüdische religiöse Zentrum Süddeutschlands. Ein 1986 auf dem Platz errichteter Gedenkstein erinnert an den einstigen jüdischen Schulhof (Ohm, 2005).

2. Der Alte Jüdische Friedhof (1607):

Als die jüdische Gemeinde 1604 ein Stück Land vom Bamberger Dompropst kaufte, wurde bald darauf ein jüdischer Friedhof eingerichtet, um gemäß den Traditionen jüdische Bestattungen vornehmen zu können. Der Friedhof wurde im Verlauf seiner Nutzung sechs Mal in Richtung Süden erweitert. Bestattungen wurden bis 1906 (vereinzelt bis 1936) vorgenommen. Die Gräber zeigen alle gen Osten und Grabbpflege ist im Judentum keine übliche Praxis. Trotz mehrfacher Schändung des Friedhofes (1944 durch das Anlegen eines Löschteiches und durch den späteren Straßenbau) ist er noch heute stadtbildprägend (Windsheimer, 2007).

3. Das Jüdische Krankenhaus (1653):

Traditionell kümmern sich die Mitglieder der Begräbnisbrüderschaft nicht nur um die Beisetzung der Toten, sondern auch um die Krankenpflege. Aufgrund dessen wurde bereits 1653 ein *hekdsch* (neuhebräisch für Hospital) in Friedhofsnähe errichtet. Es war eines der ersten deutschen jüdischen Krankenhäuser. Im Jahr 1846 wurde ein Neubau in der Theaterstraße 36 fertiggestellt. Dort wurden jüdische, ebenso wie christliche Patienten behandelt. Während das Hospital in Friedhofsnähe nicht mehr erkennbar ist, ist das ehemalige jüdische Krankenhaus in der Theaterstraße noch vorhanden. Es wird heute als Wohn- und Altenheim und von der israelitischen Gemeinde genutzt (Bielefeld, 2005).

4. Die Gabrielschul (1707):

Als private Talmud-Lehrstube wurde sie 1707 von Gabriel Fränkel gestiftet. Drei Jahre später wurde sie um eine Synagoge erweitert. Das markante Treppenhaus führte einst in die Bet- und Lehrstube. Die Schule wurde 1836 von den bayerischen Behörden geschlossen. Die Stiftung existierte jedoch noch bis in die 1930er Jahre hinein (Ohm, 2005; Windsheimer, 2007). Das sanierte Gebäude der Gabrielschul befindet sich im Hinterhof der Königstraße 57, wird jedoch nicht mehr als Lehrstube des jüdischen Glaubens genutzt.

5. Das Waisenhaus (1763 gegründet):

Das erste deutsche Waisenhaus wurde 1763 von Israel Lichtenstädter gestiftet. Es befand sich auf dem damaligen israelitischen Schulhof. Lichtenstädter gründete einen karitativen Verein zur Unterstützung von jüdischen Waisenkindern. Durch Spenden konnte sich das Waisenhaus vergrößern, indem es 1884 in den Neubau in der Hallemannstraße umzog. Von da an wurden auch Mädchen betreut. Auch eine Synagoge für die Tagesgebete der Waisen wurde eingerichtet. Der letzte Leiter des Waisenhauses Dr. Isaak Hallemann wurde 1942 mit seiner Familie und den Waisenkindern nach Izbica deportiert und ermordet. Das Gebäude der Hallemannstraße wurde im Zweiten Weltkrieg nicht zerstört. Heute befinden sich hier noch immer die Synagoge und das Zentrum der Fürther jüdischen Gemeinde (Bielefeld, 2005; Ohm, 2005).

6. Die Jüdische Realschule (Unterrichtsstunden ab 1862):

Mit der Schließung der Talmudhochschule 1829 wurde der Wille der jüdischen Gemeinde gestärkt, eine jüdische Schule zu eröffnen. Ab 1862 fanden in angemieteten Räumen erste Unterrichtsstunden statt. Die jüdische Gemeinde erwarb 1868 ein Grundstück zum Bau der gewünschten Schule. Der Lehrplan wurde 1881 staatlich anerkannt und ab 1928 durften auch Mädchen die Schule besuchen. Zehn Jahre später wurde die Schule geschlossen (Bielefeld, 2005).

Das Gebäude befindet sich in der Blumenstraße 31 und wird heute von der israelitischen Gemeinde genutzt.

7. Die Spiegelfabrik Bendit, Seligmann & Söhne am Kohlenmarkt (1866 erbaut):

Das Fabrikgebäude der Spiegelmanufaktur Bendit, Seligmann & Söhne wurde 1866 erbaut und befindet sich heute im Zentrum der Stadt. Es beinhaltete einen der ältesten Betriebe dieser Zunft. Die Familie wurde 1938 gezwungen, das Gebäude an die Stadt zu verkaufen. Heute befindet sich das technische Rathaus in diesem ehrwürdigen Gebäude am Kohlenmarkt (Bielefeld, 2005).

8. Die Inschrift an der letzten hebräischen Buchdruckerei in Fürth (1868 erworben):

Neben der Talmudhochschule entfaltete sich auch die Talmud-Druckerei als Handwerk in Fürth. Eine der letzten hebräischen Druckereien befand sich in der Rosenstraße 28. Eine Inschrift erinnert noch heute an das Handwerk.

9. Das Warenhaus Tietz & Co. am Kohlenmarkt (1900 erbaut):

Ein Warenhaus, der Geburtsort des modernen Konsums, wurde von Tietz & Co. 1900 am Kohlenmarkt neben der Spiegelfabrik gebaut. Im Rahmen der Arisierungskampagne wurde das Warenhaus in Hertie umbenannt. Es bestand bis 1968 und stand danach lange leer. Seit 2001 befindet sich eine Filiale der Volks- und Raiffeisenbank in den Räumen des alten Warenhauses (Bielefeld, 2005).

10. Das Stadttheater (1902):

Das Fürther Stadttheater wurde 1902 eingeweiht. Die jüdischen Bürger der Stadt trugen einen enormen finanziellen Anteil am Bau des Theater. Mehr als 60% der Spenden wurden von Juden getätigt (Berthold-Hilpert/Fleckenstein, 2003).

11. Das Berolzheimerianum (Stiftung 1906):

Heinrich Berolzheim wurde 1836 in Fürth geboren. Als Bleistiftfabrikant gelang er zu Wohlstand. Aus dem Vermögen stiftete er 1906 das Berolzheimerianum in Fürth und 1911 das Luitpoldhaus in Nürnberg. Das Berolzheimerianum diente als Volksbildungsheim für alle

Fürther. Es befanden sich eine Bibliothek und ein Veranstaltungssaal im Berolzheimeranum. Heute ist das Gebäude in der Theresienstraße der Spielort der Comödie Fürth (Bielefeld, 2005).

12. Mesusot:

Eine Mesusa (hebräisch für Türpfosten) ist Teil des jüdischen Glaubensbekenntnisses. Sie besteht aus einer Pergamentrolle, auf der ein Textausschnitt der Thora geschrieben ist. Diese kleine Pergamentrolle wird von einer Kapsel aus Holz, Metall oder ähnlichem geschützt und an den Türpfosten von Wohnungen angebracht, in denen jüdische Gläubige wohnen.

In Fürth ist an einer Vielzahl von Hauseingängen Mesusot zu finden. An den Türpfosten der Schindelgasse, der Königstraße, der Blumenstraße etc. sind die Rückstände entfernter Mesusot erkennbar. Spaziert man mit offenen Augen durch Fürth, sind die Spuren jüdischen Lebens feststellbar.

13. Mikwaot:

Eine Mikwe bezeichnet ein Ritualbad zur rituellen Reinigung von Personen oder Gegenständen. Sie wird von fließendem Wasser gespeist (Grund- oder Regenwasser). Im Fürther Jüdischen Museum kann man eine Mikwe besichtigen. Ebenso befinden sich in Fürth noch versteckte Mikwaot: im Gasthaus zur Weißen Rose (Königstraße 70), im Gasthaus Duckla (Mühlenstraße 2), in der ehemaligen Gabrielschul (Königstraße 57) und der heutigen Synagoge in der Hallemannstraße.

14. Henry Kissinger, Leopold Ullstein und andere bekannte Fürther Juden

Unter den in Fürth geborenen Juden sind einige Berühmtheiten: Der US-amerikanische Außenminister Henry Kissinger wurde 1923 in der Mathildenstraße 23 geboren. Leopold Ullstein, Gründer des späteren Ullstein-Verlags, erblickte 1826 in der Mohrenstraße 2 das Licht der Welt. Der Schriftsteller Jakob Wassermann war in der Alexanderstraße heimisch.

Wandert man mit offenen Augen durch Fürth, werden einem noch viele Beispiele jüdischer Stiftungskultur begegnen.

3.2.4 Das jüdische Stiftungswesen in Frankfurt des 19. und 20. Jahrhunderts

Die Geschichte der jüdischen Gemeinde in Frankfurt ist geprägt durch die immer wiederkehrenden Pogrome, das Leben im Ghetto vor den Toren der Stadt, aber auch den rasanten wirtschaftlichen Aufstieg der Juden im 18. und 19. Jahrhundert und das Mäzenatentum jüdischer Bürgerinnen und Bürger.

Seit dem 11. Jahrhundert sind Juden nachweislich in Frankfurt ansässig. Bis in das Hochmittelalter lebten sie in der Frankfurter Altstadt und nahmen aktiv und uneingeschränkt am gesellschaftlichen Leben der Reichsstadt Frankfurt teil.

Mit dem Vierten Laterankonzil 1215 wurde zunehmend die Ausgrenzung und Ghettoisierung der Juden im gesamten Heiligen Römischen Reich forciert. Die Frankfurter Juden wehrten sich gegen die erzwungene Isolation von der nichtjüdischen Gesellschaft. Mit der Regelung, die jüdischen Gläubigen dem jeweiligen Kaiser als Schutzbefohlene zu unterstellen, hatte auch in Frankfurt ab 1236 ihre Abhängigkeit vom Wohlwollen des Kaisers und ihre ökonomische Ausbeutung zur Folge.

Ab dem 13. Jahrhundert wurden die Juden wiederholt Leidtragende von Ausschreitungen. Dem im Jahr 1241 stattgefundenen Pogrom fiel der Großteil der jüdischen Bevölkerung der Stadt Frankfurt zum Opfer. Ein Jahrhundert später verpfändete Kaiser Karl IV sein Judenregal an den Bürgermeister und den Rat der Stadt Frankfurt und überließ die dort ansässigen Juden somit in Schutzlosigkeit in der Zeit der Pestpogrome. 1349 wurden nahezu alle Frankfurter Juden ermordet. Erst ab 1360 siedelten sich unter erschwerten Niederlassungsbestimmungen erneut jüdische Gläubige an. Ihre begrenzten Rechte mussten sie käuflich erwerben. Die jährlich neu beschlossenen Regelungen der *Juden Stetigkeit* zeigen deutlich, wie die jüdische Bevölkerung ab dem 14. Jahrhundert zunehmend in die wirtschaftliche Isolation getrieben wurde.

Neben der bestehenden politischen und wirtschaftlichen Abgrenzung folgte bald die räumliche durch den Bau eines Ghettos. Das Baseler Konzil (1442) drängte auf die Vertreibung der jüdischen Gläubigen aus der Nähe des Domes und ihre Quartierung in abgetrennten Stadtvierteln. Der Frankfurter Stadtrat beschloss 1460 den Bau eines jüdischen Ghettos, welches bis in das späte 18. Jahrhundert bestehen sollte. Es war mit drei Zugangstoren versehen und für 15 jüdische Familien oder 1.000 jüdische Gläubige vorgesehen. Die *Juden Stetigkeit* beeinflusste weiterhin tiefgreifend das jüdische Leben: Sie legte die Öffnungszeiten der Zugangstore, ebenso wie die Höhe der zu zahlenden Abgaben fest.

Frankfurt wurde 1603 Zeuge des Treffens der *Jüdischheit teutscher Nationen*. Ziel dieses Treffens führender Rabbiner und Gemeindevorsteher war die Entstehung eines Bündnisses der deutschen jüdischen Gemeinden. Von den Fürsten und dem Kaiser wurden die dort gefassten Beschlüsse mit Argwohn aus Angst vor Autoritätsverlust betrachtet und konnten

nie realisiert werden. Der Frankfurter Organisationsplan blieb jedoch bestehen und liefert bis heute wichtige Daten zu den vielzähligen jüdischen Gemeinden im deutschen Gebiet (Herzig, 2002).

Der letzte grausame Pogrom der Frankfurter Judengasse fand 1614 unter Vinzenz Fettmilch statt. Erst als das Militär eingriff, konnte der Fettmilch-Aufstand niedergeschlagen werden. Unter kaiserlichem Schutz kehrten die Juden knapp zwei Jahre später wieder in ihre Häuser zurück.

Das jüdische Ghetto der Stadt Frankfurt brannte im 18. Jahrhundert dreimal fast vollständig ab. Zuletzt wurden Teile des Ghettos von den napoleonischen Truppen im Jahr 1796 durch Bombardements zerstört. Knapp zehn Jahre später sprach der von Napoleon eingesetzte Großherzog C. Th. von Dalberg das Toleranzedikt, konfessionsübergreifend gültig, aus. Der Ghettozwang und das Zahlen von Sonderabgaben wurden nunmehr aufgehoben.

Die endgültige rechtliche Gleichstellung erfolgte jedoch erst 1864. Mit dem Zuspruch der vollen Bürgerrechte zogen die Frankfurter Juden aus dem Ghetto heraus. Mit der Emanzipationsbewegung öffneten sich den Juden neue wirtschaftliche Herausforderungen. Gleichzeitig trat die Stadt Frankfurt dem Zollverein bei. Verstärkt durch die Frankfurter Messe entwickelte sich die Stadt zum Waren-Handelsplatz. Jüdische Gläubige beeinflussten als Händler oder Geldleiher aktiv den aufstrebenden Wirtschaftsstandort Frankfurt.

Die Bankiersfamilie Rothschild ist hier exemplarisch zu nennen: Aufgewachsen in der Frankfurter Judengasse war Mayer Amschel Rothschild anfangs im Münzhandel tätig. Aufgrund seiner gesammelten Erfahrungen und seines wirtschaftlichen Geschickes wurde er bereits im frühen 19. Jahrhundert als Hoffaktor für den Fürsten angestellt. Mit Hilfe seiner Söhne konnte sich die Familie im Importhandel etablieren. Mit dem wirtschaftlichen Erfolg stieg das gesellschaftliche Ansehen. Folglich daraus konnte Rothschild einen erheblichen finanziellen Beitrag leisten, um Dalbergs Toleranzedikt zu verwirklichen.

Weiterhin engagierte sich die Familie Speyer als Mäzene in Frankfurt während des 19. Jahrhunderts. Als Bankiers stifteten sie eine Vielzahl an kulturellen und wissenschaftlichen Einrichtungen. Neben der Errichtung von Kindergärten und -grippen trugen die Speyers maßgeblich zur Entstehung der Frankfurter Universität bei.

Die Arthur-von-Weinberg-Stiftung widmete sich den Naturwissenschaften, die Stiftung des Nähmaschinenproduzenten Josef Wertheim schuf ein Treffpunkt für Frankfurter Arbeiter und die Wilhelm-Merton-Stiftung richtete eine an die neu-gegründete Universität angegliederte Akademie der Handels- und Sozialwissenschaften ein (Schembs, 2007).

Frankfurt am Main hatte prozentual einen hohen jüdischen Bevölkerungsanteil. Im ausgehenden 19. Jahrhundert betrug der Anteil jüdischer Gläubiger 11% (Hopp, 1997). Die Stadt Frankfurt war ausgehend vom späten 18. und beginnenden 19. Jahrhundert Schauplatz

der Gründung vieler jüdischer Stiftungen und gilt somit als hervorragendes Beispiel des jüdischen Mäzenatentums des aufgeklärten jüdischen Bürgertums in der Neuzeit.

Für eine Beteiligung am Städtebündnis muss neben dem hohen prozentualen jüdischen Bevölkerungsanteil auch die Ablesbarkeit des jüdischen Stiftungswesens im städtischen Raum gewährleistet sein. Für Frankfurt trifft dies nur noch bedingt zu. Die 1711 erbaute Synagoge wurde 1854 durch einen Neubau ersetzt. Die orthodoxen Juden errichteten ihre Synagoge 1882 am Südende der Judengasse. Beide Synagogen wurden jedoch 1938 zerstört. Die Häuser des jüdischen Ghettos verfielen mit der rechtlichen Emanzipation der Juden, da sie nunmehr andere Wohngegenden bevorzugten. Dies führte im späten 19. Jahrhundert zum Abriss der Judengasse. Der Name *Judengasse* wurde 1885 in *Börnestraße* geändert. Der Straßenverlauf ist heute im Stadtbild nicht mehr erkennbar. Der existente *Börneplatz* hingegen weist auf die jüdische Geschichte der Stadt Frankfurt hin.

Trotz der verheerenden Zerstörungen des 2. Weltkriegs sind dennoch eine beachtliche Anzahl an Bauten jüdischer Stifter im Stadtzentrum von Frankfurt erhalten (vgl. hierzu Tab. 3.1.2).

4. Vorläufige Bewertung auf Erfolgsaussicht zur Aufnahme in die UNESCO Welterbeliste

4.1 Welterbestätten mit thematischem Schwerpunkt jüdische Gesellschaft

Nach den Entschlüssen der 35. Zusammenkunft des Welterbe-Komitees im Juni 2011 in Paris befinden sich 936 Stätten auf der UNESCO-Liste des Erbes der Welt. Davon zählen 725 zu den Kulturerbestätten, 183 sind Naturerbe und 28 sind sogenannte gemischte Welterbestätten in 153 verschiedenen Ländern.

Um auf die Liste des Erbes der Welt zu gelangen müssen bestimmte Voraussetzungen erfüllt sein. Mindestens einem der zehn Kriterien muss die Stätte zugeordnet werden: ein Meisterwerk, ein außergewöhnliches Zeugnis einer Kultur oder eine außergewöhnliche Naturschönheit muss es beispielsweise sein.

Sucht man intensiv nach Zeugnissen jüdischer Kultur in der Welterbeliste wird man an vielen Stellen fündig: Einige Welterbestätten beinhalten Zeugnisse jüdischen Lebens ohne explizit aufgrund ihrer jüdischen Zeugnisse aufgenommen worden zu sein, wie beispielsweise Amsterdam (Niederlande), die slowakische Stadt Bardejov (dt. Bartfeld) oder das ägyptische Kairo. Dennoch befinden sich in den genannten Beispielen wichtige Zeugnisse jüdischen Lebens (die Armenhäuser von Amsterdam, die Synagoge und das jüdische Viertel in Bartfeld oder die Ben Ezra Synagoge in Kairo), die die Städte in ihrer jahrhundertelangen Geschichte stark beeinflusst haben.

Eine weitere Welterbestätte bezieht sich auf die jüdische Kultur und ist Ausdruck eines der dunkelsten Kapitel der deutschen und europäischen Geschichte. In dem in Polen gelegenen Konzentrationslager Auschwitz-Birkenau wurden mehr als 1 Million Juden ermordet, gefoltert und gedemütigt. Es war das größte deutsche Vernichtungslager und ist Symbol für die schrecklichen Geschehnisse des Holocausts im Zweiten Weltkrieg. In den deutschen Konzentrationslagern wurde bewusst versucht, die jüdische Kultur in ihrer Gesamtheit zu vernichten. Die Erinnerung an die Geschehnisse muss immer präsent und Bestandteil der deutschen Geschichte sein. Diese Form der Mahnkultur ist wichtig und richtig, begrenzt jedoch die (deutsche) Sicht auf das Judentum. Ohne die Mahnkultur zu vernachlässigen, ist es von großer Bedeutung, sich der jüdischen Kultur zu nähern und sie über den Holocaust hinaus zu verstehen.

Auf der UNESCO-Liste des Erbes der Welt findet man lediglich zwei Stätten, die ausdrücklich aufgrund ihres jüdischen geschichtlichen Hintergrunds aufgenommen wurde: Trebic in der Tschechischen Republik und die Masada in Israel. Die 2003 aufgenommene Welterbestätte Trebic trägt den Namen „Jüdisches Viertel und die Basilika St. Prokop“. Die den Kategorien (ii) und (iii) zugeordnete Welterbestadt gilt als außergewöhnliches Beispiel des Zusammenlebens von Vertretern der christlichen und jüdischen Religionen. Das jüdische

Viertel mit dem aus dem 15. Jahrhundert stammenden Friedhof zeugt von einer 500-jährigen kontinuierlichen Geschichte jüdischen Lebens und zählt zu einem der ältesten, noch erhaltenen, jüdischen Viertel mittelalterlichen Ursprungs. Die 2001 aufgenommene Masada hingegen, eine archäologische jüdische Stätte, wurde als Symbol des Alten Königreiches Israel, seiner Zerstörung im 1. Jahrhundert, sowie der darauf folgenden jüdischen Diaspora eingeschrieben. Trotz des archäologischen Charakters wurde die Stätte auch unter dem Kriterium (vi) als ein Symbol sowohl jüdischer Identität als auch des andauernden Kampfes des Menschen gegen Unterdrückung anerkannt.

Unabhängig von diesen Stätten existieren derzeit einige Bemühungen auf nationaler und internationaler Ebene, weitere Zeugnisse der jüdischen Kultur in die Liste des Erbes der Welt aufzunehmen.

- ① In Surinam befindet sich die ehemalige jüdische Siedlung Jodensavanne mit dem Friedhof Cassipora. Die noch in Ruinen existente Synagoge gilt als eine der ältesten Amerikas. Jüdische Siedler errichteten die Siedlung im 17. Jahrhundert, als sie vor der spanischen Inquisition fliehen mussten. Sie gilt als beispielhaft für die Niederlassung neuer Siedler in der „Neuen“ Welt. Die potenzielle Welterbestätte ist bereits seit 1998 offiziell auf der Tentativliste des Landes Surinam eingetragen und soll unter den Kriterien (iv) und (vi) auf einem der nächsten Treffen des Welterbe-Komitees gelistet werden.
- ② Dass Welterbestätten in einem europäischen, oder besser internationalen Rahmen, bessere Chancen bei der Aufnahme haben, ist hinlänglich bekannt. Deshalb bemühen sich Länder wie Curaçao, Deutschland, die Niederlande und Surinam um eine gemeinsame Antragstellung mit der Thematik der jüdischen Friedhofskultur. Gerade aufgrund der bestehenden Ähnlichkeiten zwischen den Friedhöfen in Hamburg-Altona und dem in der bereits erwähnten Jodensavanne in Surinam liegt eine Kooperation nahe. Dem Bündnis schließen sich nunmehr auch Curaçao und Ouderkerk (Amsterdam) an.
- ③ Zusätzlich dazu entwickelt sich eine Kooperation zwischen jüdischen Friedhofsstätten in Europa. Unter dem Titel *jüdische Friedhöfe und Bestattungskultur in Europa* bemüht sich der jüdische Friedhof in Berlin-Weißensee um Aufnahme in die UNESCO-Liste. Laut Senatsentscheidung aus dem Jahr 2006 soll der Friedhof auf die nationale Tentativliste gelangen.
- ④ In Deutschland bemühen sich zudem seit 2005 die sogenannten SchUM-Stätten um Aufnahme in die Tentativliste. SchUM steht für die griechischen Anfangsbuchstaben der Städte Speyer, Worms und Mainz. Sie gelten als Geburtsstätte der aschkenasischen Kultur in Mitteleuropa.
- ⑤ In Thüringen bewirbt sich die Landeshauptstadt Erfurt um Aufnahme in die deutsche Tentativliste: Die Zeugnisse jüdischen Lebens des Mittelalters sollen demnach bald als Welterbe deklariert werden. Die Alte Synagoge zeigt Bauphasen des 11. Jahrhunderts, es

wurden eine Mikwe ebenso wie ein jüdischer Schatz des 13./14. Jahrhunderts freigelegt. Mit den Pestpogromen 1349 endete jedoch das jüdische Leben in Erfurt. → ~~FÜR DIE SOZIALDEE~~
~~(L&F W&F 127)~~

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass die Themen der jüdischen Gesellschaft auf der UNESCO-Liste des Erbes der Welt deutlich unterrepräsentiert sind. Diese Tendenz wird auch von ICOMOS im sogenannten „Gap Report“, einer Analyse zu unterrepräsentierten Kategorien auf der Welterbeliste, bestätigt, welcher jüdische Stätten mit nur sieben Einträgen auf der Welterbeliste als die am wenigsten repräsentierte Weltreligion ausweist (ICOMOS 2004, p. 35).

Dies wird den Errungenschaften der jüdischen Kultur und dem Beitrag der Juden an der Entwicklung der Menschheit nicht gerecht. Auch die derzeitigen (oben erläuterten) Bemühungen beziehen sich ausschließlich auf die Vergangenheit und auf einen bestimmten, abgeschlossenen Zeitraum in der jüdischen Geschichte. Das hier vorgestellte Städtebündnis soll jedoch verdeutlichen, welchen immensen Einfluss die jüdische Kultur über die letzten Jahrhunderte hinweg bis in die Gegenwart geübt hat.

4.2 UNESCO- und ICOMOS-Expertenmeinungen

Die Konzeption eines Städtebündnis für einen möglichen gemeinsamen Antrag auf UNESCO-Welterbe zum Thema „Das jüdische Stiftungswesen in Deutschland als Beitrag zur Entwicklung des modernen Sozialstaates und dessen Ablesbarkeit im städtischen Raum“ wurde mit dem Generalsekretär der Deutschen UNESCO-Kommission, Herrn Dr. Roland Bernecker, diskutiert. Herr Dr. Bernecker bestätigt den hohen gesellschaftlichen Stellenwert, der bisher unzureichend in der Öffentlichkeit gewürdigten Thematik des jüdischen Stiftungswesens, zudem die Leistungen der jüdischen Minderheit und ihre vielfältigen Wechselbeziehungen zur Gesellschaft, die bisher kaum eine äquivalente Beachtung gefunden haben. Herr Dr. Bernecker betont, dass das jüdische Stiftungswesen in sehr guter Übereinstimmung mit Kriterium (vi) der Welterbekonvention steht und über die historische Dimension hinaus eine hohe Relevanz für die (westliche) moderne Gesellschaft hat.

Im Ergebnis bisheriger UNESCO-Antragsverfahren auf Welterbe macht Herr Dr. Bernecker auf die Qualitätsanforderungen des Begriffs „Urban Landscapes“ aufmerksam. Die Gebäude, die für soziale oder kulturelle Stiftungszwecke errichtet wurden, sollten in einem räumlichen Zusammenhang innerhalb des Stadtgefüges stehen (z.B. Quartierscharakter), um den Kriterien (ii) und (iii) der Welterbekonvention zu genügen.

Herr Dr. Bernecker würde einen gemeinsamen Antrag auf UNESCO-Welterbe aus fachlicher Sicht unterstützen.

Herr Prof. Dr. Joachim Felix Leonhard, ebenfalls Mitglied der Deutschen UNESCO-Kommission verweist auf die besondere Rolle der Stadt Frankfurt in Bezug auf das jüdische

und christliche Zusammenleben seit dem Mittelalter mit nur wenigen Unterbrechungen. Hervorzuheben ist die Rolle der jüdischen Intellektuellen im 19. Jahrhundert, verbunden mit einem sozialen und wirtschaftlichen Aufstieg, welcher auch im jüdischen Stiftungswesen mit sozialer, kultureller und wissenschaftlicher Ausrichtung Ausdruck findet. Die großzügigen Stiftungen im 19. und beginnenden 20. Jahrhundert durch jüdische Bürger in Frankfurt sind auch im Vergleich mit anderen Großstädten in Deutschland wie Köln, Hamburg und Berlin auf höchstem Niveau, allerdings sind als Folge von Abriss und kriegsbedingter Zerstörungen bedeutender jüdischer Stiftungsbauten die materiellen Verluste erheblich.

Herr Prof. Leonhard würde ebenfalls einen Antrag auf UNESCO-Welterbe aus fachwissenschaftlicher Sicht unterstützen.

Herr Gustavo F. Araoz (President of the International Council on Monuments and Sites, ICOMOS) würde einen Antrag zum jüdischen Stiftungswesen auf UNESCO-Welterbe durch die Erstellung eines ICOMOS-Gutachtens unterstützen. Darüber hinaus würde er anbieten, im Fall einer Antragstellung einschlägige US-amerikanische Stiftungen und wissenschaftliche Einrichtungen zu konsultieren, auch um weitere Gutachten anzufragen.

4.3 Zusammenfassende Bewertung und Einschätzung auf Erfolgsaussicht

Die Thematik des jüdischen Stiftungswesens wird von den konsultierten Experten für deutsch-jüdische Geschichte als herausragender Beitrag zum modernen Sozialstaat bewertet. Bestehende UNESCO-Welterbestätten mit Schwerpunkten zur jüdischen Geschichte umfassen die Themen der frühen jüdischen Geschichte (Masada), der christlich-jüdischen Geschichte im Mittelalter (Trebic, Tschechische Republik) und des Konzentrationslagers Auschwitz-Birkenau (Polen). Im Verhältnis zu christlichen Sakralbauten sind vor dem Hintergrund der hohen Bedeutung des abendländischen Judentums Welterbestätten unterrepräsentiert. Die Begründung für den außergewöhnlichen universellen Wert des jüdischen Stiftungswesens ist dabei nicht nur auf die historische Bedeutung des noch vorhandenen Gebäudebestands mit einer Vielzahl von sozialen und kulturellen Stiftungszwecken begrenzt, vielmehr wird der Einfluss auf ein heute staatlich organisiertes Sozialwesen als wesentlicher Teil des modernen Staatssystems sichtbar.

Für das Städtebündnis werden im Ergebnis der Studie der Städte Halberstadt und Fürth uneingeschränkt empfohlen. Beide Städte verfügen über ein herausragendes Erbe an jüdischen Stiftungsbauten und ergänzen sich mit verschiedenen zeitlichen Schwerpunkten.

Die Stadt Frankfurt gehörte zu den wichtigsten urbanen jüdischen Zentren im deutschsprachigen Raum und hat durch jüdische Stiftungen wesentliche kulturelle und soziale Entwicklungsimpulse erfahren. Aufgrund der materiellen Verluste ist die Vielfalt der jüdischen Stiftungen auch im Vergleich mit den Städten Halberstadt und Fürth nur noch

eingeschränkt erfahrbar, weshalb die Stadt Frankfurt eine Beteiligung am Städtebündnis als nicht möglich ansieht.

Bezüglich des UNESCO Kriteriums der Authentizität sollte geprüft werden, ob der Antrag auf UNESCO Welterbe der Stadt Erfurt (vgl. dazu Kap. 4.1) mit dem Schwerpunkt jüdische Geschichte/Gesellschaft/Religion im mittelalterlichen Deutschland unter Einbindung des hier vorgeschlagenen Städtebündnisses zum jüdischen Stiftungswesen in einen gemeinsamen Antrag überführt werden kann. Insbesondere würde eine Integration der Stadt Erfurt mit ihren bedeutsamen noch materiell vorhanden jüdischen Bauten des Mittelalters das vorgeschlagene Städtebündnis der Städte Halberstadt und Fürth sinnvoll ergänzen.

Selbst bei einem Beschluss der Kultusministerkonferenz (KMK) alle fünf Initiativen auf die Vorschlagsliste (Tentative List) der Bundesrepublik Deutschland für den Zeitraum 2015 bis 2026 aufzunehmen, wäre mit entsprechender Nominierung aller fünf Vorschläge durch das Welterbekomitee kaum zu rechnen, falls diese inhaltliche Überschneidungen enthalten. Die Wahrscheinlichkeit eines Erfolgs, auch bei einer Mehrzahl von deutschen Nominierungen zum jüdischen Kulturerbe, kann dabei sicherlich durch Ausweitung des vorgeschlagenen Städtebündnisses zum jüdischen Stiftungswesen auf eine internationale Kooperation gesteigert werden. Dabei sollte geprüft werden, ob ein auf andere europäische Städte erweitertes Bündnis auf aschkenasische Zentren begrenzt werden sollte. Relevante Städte wären u.a. Krakau oder Breslau in Polen, Prag (Tschechien) und Amsterdam (Niederlande). Bedeutsame jüdische Stiftungen in Nordamerika des 19. und 20. Jahrhunderts sollten ebenfalls in Betracht gezogen werden.

Aus fachlicher Sicht wird eine Antragstellung auf Aufnahme in die Tentativliste empfohlen.

DIE AUCHEREN BEWAHRTE PRÄSAMIENDE LOGISCHESSEGE GESCHICHTS-
DOKUMENTE / BÄUEN.

DIE BEWAHRUNG FÜRTH/HALBERSTADT MIT DEN FÜRBOZGE - UND
STIFTUNGSGEBIETHEN WIRD IN UNSERE ZEIT UND IN
ZUKUNFT WEITZUGEST UND NEU BEFÜRIGT

5. Empfehlungen zur weiteren Vorgehensweise

Der Vorschlag für ein Städtebündnis als gemeinsamer Antrag auf UNESCO-Welterbe basiert auf den stadtspezifischen Beiträgen der Städte Halberstadt und Fürth zum jüdischen Stiftungswesen in Deutschland und dessen Ablesbarkeit materiell erhaltender Bauten, repräsentativ für die Vielfalt kultureller und sozialer Stiftungszwecke. Die Initiative zur Erarbeitung eines entsprechenden Vorschlags geht von der Stadt Fürth aus. Im Ergebnis der Expertengespräche, der Literaturlauswertung in Verbindung mit der oben dargestellten Tabellenarbeit, sowie erster Konsultationen kommunalpolitischer Vertreter der an einem Städtebündnis potentiell beteiligten Städte, wird nachfolgende Vorgehensweise vorgeschlagen:

- (1) Die Stadt Halberstadt hat Interesse an einem gemeinsamen UNESCO-Welterbeantrag sowohl aus fachlicher als kommunalpolitischer Sicht signalisiert. Das zuständige Kulturministerium des Landes Sachsen-Anhalt ist über die Initiative informiert (vgl. hierzu auch Kap. 4.3). Die fachliche Koordination wird durch die Direktorin der Moses Mendelssohn Akademie Halberstadt, Frau Dr. Jutta Dick, wahrgenommen. Die Vertreter von MK-Sachsen-Anhalt und LVA (Landesverwaltungsamt) Sachsen-Anhalt sehen in den Bestrebungen, einen Antrag im Kontext jüdisches Stiftungswesen zu stellen, keine Konkurrenz mit anderen Initiativen. Vielmehr wurde die Bereitschaft signalisiert, einen möglichen Bündnisantrag wohlwollend zu begleiten. Angestrebt ist eine Verknüpfung mit den Bestrebungen der Stadt Halberstadt Dom/Domschatz/Domplatz als Weltkulturerbe zu platzieren. Der thematische Kontext zum jüdischen Stiftungswesen wäre dabei als notwendige Voraussetzung einer Integration fachlich zu prüfen.
- (2) Ansprechpartner der Stadt Fürth ist der Leiter des Stadtbauamts, Herr Joachim Krauß. Eine kommunalpolitische Entscheidung der Stadt Fürth zu einer möglichen Beteiligung an einem gemeinsamen UNESCO Welterbeantrag wird im November 2011 erwartet.
- (3) Unter der Voraussetzung, dass die Städte Halberstadt und Fürth einen gemeinsamen Antrag als Städtebündnis auf Aufnahme in die deutsche Tentativliste befürworten, sollten sich fach- und kommunalpolitische Vertreter zu einem gemeinsamen Auftaktgespräch in Fürth noch im 4. Quartal 2011 zusammenfinden.
- (4) Bei einem positiven Votum der Städte Halberstadt und Fürth wäre der gemeinsame Antrag auf Aufnahme in die deutsche Tentativliste für das UNESCO Welterbe über das Kulturministerium des Landes Sachsen-Anhalt an die Kultusministerkonferenz (KMK) bis 30. Juni 2012 zu stellen. Hierbei bedarf es nicht einer Parallelantragstellung über den Freistaat Bayern. Ein Empfehlungsschreiben des Bayerischen Staatsministeriums für Kultur wäre erwünscht; die bereits eingereichte Tentativliste des Freistaats Bayern wäre davon nicht berührt.

- (5) Zur Erstellung eines Antrags auf Aufnahme in die deutsche Tentativliste (in deutscher und englischsprachiger Fassung) werden zur wissenschaftlichen Unterstützung zwei Fachveranstaltungen vorgeschlagen. Die erste Veranstaltung sollte unter Einbindung des Arbeitskreises *Geschichte der jüdischen Wohlfahrt in Deutschland* jüdische Wohlfahrtsstiftungen und deren Beitrag zum modernen Sozialstaat aufbereiten und prüfen, ob den Anforderungen des Kriteriums (vi) der Welterbekonvention auch im Rahmen der internationalen Vergleichbarkeit entsprochen wird. Dabei ist auch die Relevanz des jüdischen Stiftungswesens in anderen europäischen Städten, vorzugsweise in Polen, Tschechien und den Niederlanden sowie ggf. weiterer nord-amerikanischer Städte näher zu untersuchen, um dem zentralen Kriterium der Integrität (Prüfung auf Ganzheit und Vollständigkeit eines Welterbes) bei einer Antragstellung zu genügen. Eine zweite Fachveranstaltung unter Beteiligung von UNESCO Deutschland sollte den vorhandenen Gebäudebestand der beteiligten Städte auf die Anforderungen der Kriterien (iii) und ggf. (ii) der Welterbekonvention prüfen. Zur Qualitätssicherung des Antrags sollte Frau Dr. Brigitta Ringbeck, Vertretungsstelle der UNESCO in Deutschland, und Vertreterin des Internationalen Rats für Denkmalpflege (ICOMOS) frühzeitig einbezogen werden.
- (6) Die Erstellung eines Antrags auf Aufnahme in die deutsche Tentativliste erfolgt auf der Grundlage des durch das Welterbekomitee festgelegten Tentativlistenformats und muss zweisprachig eingereicht werden. Die erforderliche Fachkompetenz zur Erstellung der Antragsformulare haben das Institut für Heritage Management, Cottbus, und vergleichbare internationale Institutionen.
- (7) Für den Fall einer Nominierung des vorgeschlagenen Städtebündnisses zum jüdischen Stiftungswesen für die Tentativliste 2016 bis 2025 durch die KMK (zu erwarten im Januar 2013) wäre zu einem durch die KMK festgelegtem Zeitpunkt ein Antrag an das UNESCO Welterbekomitee zu stellen. Dazu wird empfohlen spätestens drei Jahre vor dem festgelegten Abgabezeitpunkt mit der Erstellung des Nominierungsdossiers (Nominierungsantrag und Managementplan) zu beginnen.

6. Literatur und Expertenkontakte

Expertenkontakte

Bernecker, Dr. Roland; Generalsekretär Deutsche UNESCO Kommission, Bonn

Brandwein-Stürmer, Dorit; Hebräische Universität Jerusalem, Büro Berlin

Brocke, Prof. Dr. Michael; Salomon Ludwig Steinheim-Institut für Deutsch-Jüdische Geschichte an der Universität Duisburg Essen, Essen

Dick, Dr. Jutta; Direktorin der Moses Mendelssohn Akademie Halberstadt, Halberstadt

Grimm, Ulrich Werner; stellv. Vorsitzender der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit in Berlin e.V.

Haller, Dr. Annette; Germania Judaica, Köln

Henke, Andreas; Oberbürgermeister, Stadt Halberstadt

Herzig, Prof. Dr. Arno; Universität Hamburg, Historisches Seminar

Kotowski, Dr. Elke-Vera; Moses Mendelssohn Zentrum, Universität Potsdam

Krauß, Dipl.-Ing. Joachim; Stadtbaurat, Stadt Fürth

Kugelman, Cilly; Jüdisches Museum Berlin

Laubenstein, Sarah; Beauftragte für das UNESCO-Weltkulturerbe, Bauamt, Abt.: Denkmalpflege/Denkmalschutz, Stadt Erfurt

Leonhard, Prof. Dr. Joachim-Felix, Mitglied Deutsche UNESCO Kommission, Bonn

Mayer, Dr. Alexander; Stadtheimatpfleger, Stadt Fürth

Mlejnek, Dipl.-Ing. Ingo; Beigeordneter für Bau und Verkehr, Stadtverwaltung Erfurt

Röder, Dipl.-Ing. Ralf; Leiter Gebäudewirtschaft und Bauaufsicht, Stadt Fürth

Rudolph, Dr. Britta; ICOMOS World Heritage Advisor

Schoeps, Prof. Dr. Julius; Moses Mendelssohn Zentrum, Universität Potsdam

Schramm, Dr. Martin; Amtsleiter Stadtarchiv und Stadtmuseum, Stadt Fürth

Simon, Dr. Hermann; Direktor Stiftung Neue Synagoge Berlin

Stürmer, Prof. Dr. Michael; Historiker

Stürzebecher, Dr. Maria; Beauftragte für das UNESCO-Weltkulturerbe, Bauamt, Abt.:
Denkmalpflege/Denkmalschutz, Stadt Erfurt

Literatur

Esther Alexander-Ihme: *Die religiösen Grundlagen der Zedaka und ihre Praxis*. In: Georg Heuberger und Paul Spiegel (Hrsg.): *Zedaka. Jüdische Sozialarbeit im Wandel der Zeit*. 75 Jahre

Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland 1917-1992. Frankfurt am Main: Jüdisches Museum, 1992. ISBN 3980212548.

Tilde Bayer: *Minderheit im städtischen Raum. Sozialgeschichte der Juden in Mannheim während der 1. Hälfte des 19. Jahrhunderts*. Stuttgart: Thorbecke, 2001. ISBN 3-7995-0904-6.

Bezirk Mittelfranken (Hrsg.): *Juden in Franken 1806 bis heute. Franconia Judaica 1*. Ansbach 2007.

Bezirk Mittelfranken (Hrsg.): *Antijudismus und Antisemitismus in Franken. Franconia Judaica 3*. Ansbach 2008. ISSN 1864-6484.

Monika Berthold-Hilpert und Jutta Fleckenstein: *Einladung zu einem Rundgang - Jüdische Stiftungen in Fürth*. Haigerloch: Medien und Dialog, 2003.

Katrin Bielefeldt: *Geschichte der Juden in Fürth. Jahrhundertlang eine Heimat*. Historische Spaziergänge. Bd 3. Hrsg. von Geschichte Für Alle e.V. Nürnberg: Sandberg-Verlag, 2005. ISBN 3-930699-44-3.

Georg Dehio: *Handbuch der deutschen Kunstdenkmäler*. Bayern. Bd I. Franken. Deutscher Kunstverlag, München 1999, S.363ff. ISBN 3-422-03051-4

Christoph Dexelmüller: *Jüdische Kultur in Franken*. Würzburg: Echter, 1988.

Michael Graetz: *Jüdische Geschichtsschreibung hundert Jahre nach Heinrich Graetz*. Wiesbaden: Reichert, 1992. ISBN 3-88226-572-8.

Monika Grüberl: *Judentum*. Köln: DuMont, 1996. ISBN 3-7701-3496-6.

Heinrich Habel: *Stadt Fürth, Denkmäler in Bayern*, Bd. 61, München 1994.

Andrea Hopp: *Jüdisches Bürgertum in Frankfurt am Main im 19. Jahrhundert*. Stuttgart: Steiner, 1997.

ICOMOS: *The World Heritage List: Filling the Gaps – an Action Plan for the Future*. Paris 2004.

Verena Hennings: *Jüdische Wohlfahrtspflege in der Weimarer Republik*. Frankfurt am Main: Fachhochschulverlag, 2008. ISBN 978-3-940087-15-7.

Werner J. Heymann (Hg.): *Kleeblatt und Davidstern. Aus 400 Jahren jüdischer Vergangenheit in Fürth*, Emskirchen: Maria Mümmeler, 1990.

Arno Herzig: *Jüdische Geschichte in Deutschland - Von den Anfängen bis zur Gegenwart*. München: C.H. Beck, 2002.

Marion Kaplan: *Geschichte des jüdischen Alltags in Deutschland : vom 17. Jahrhundert bis 1945*. München: C.H. Beck, 2003.

Marion A. Kaplan: *Unter uns - Jews socialising with other Jews*. In: Leo Baeck Institute: Year Book, 48. 2003, S. 41-65.

Jacob Katz: *Aus dem Ghetto in die bürgerliche Gesellschaft - jüdische Emanzipation 1770 - 1870*. Frankfurt am Main: Jüdischer Verl. bei Athenäum, 1986. ISBN 3-7610-0394-3.

Guido Kisch: *Forschungen zur Rechts-, Wirtschafts- und Sozialgeschichte der Juden - mit einem Verzeichnis der Schriften von Guido Kisch zur Rechts- und Sozialgeschichte der Juden*. Sigmaringen: Thorbecke, 1979.

Komitee zum Gedenken der Fürther Shoah-Opfer (Bearbeitung Gisela Naomi Blume): *Memorbuch zum Gedenken an die von den Nazis Ermordeten Fürther Juden*. Fürth 1997.

Franz-Michael Konrad: *Zedakah - Jüdische Wohlfahrtspflege in der Weimarer Republik*. In: Ulrich Stascheit, Franz-Michael Konrad, Renate Heuer (Hg.): *Zeitschrift der jüdischen Wohlfahrtspflege ZEDAKAH*. Reprint der Ausgaben von 1925-1928. Frankfurt a.M.: Fachhochschulverlag, 1997, S. 9-19.

Bernd Noack: *Mit Licht und Schatten gepflastert – Elf literarische Erkundungen in Fürth*. Gunzenhausen: Schrenk, 2007. ISBN 978-3-924270-49-0.

Helga Krohn, Gudrun Maierhof (Hg.): *Deutschland - trotz alledem? Jüdische Sozialarbeit nach 1945*. Frankfurt a.M.: Fachhochschulverlag, 2006. ISBN: 978-3-936065-66-4.

Rolf Landwehr: *Zur Geschichte der jüdischen Wohlfahrtspflege in Deutschland*, In: Wolfgang Dreßen (Hg.): *Jüdisches Leben*, Berlin, 1985, S. 44-53. ISBN 3882452439.

Giora Lotan: *Jüdische Sozialarbeit in Deutschland. Ihre Bedeutung für die deutsche Judenheit und das jüdische Volkstum*. In: Leo Baeck Institut Jerusalem (Hg.): *Zur Geschichte der Juden in Deutschland im 19. und 20. Jahrhundert*. Jerusalem: Academic Press, 1971, S. 63 f.

Andreas Ludwig, Kurt Schilde (Hg.): *Jüdische Wohlfahrtsstiftungen - Initiativen jüdischer Stifterinnen und Stifter zwischen Wohltätigkeit und sozialer Reform*. Frankfurt am Main: FH-Verlag, 2010. ISBN 978-3-940087-66-9.

Trude Maurer: *Die Entwicklung der jüdischen Minderheit in Deutschland (1780 - 1933) - neuere Forschungen und offene Fragen*. Tübingen: Niemeyer, 1992. ISBN 3-484-60383-6.

Michael A. Meyer (Hg.): *Deutsch-jüdische Geschichte in der Neuzeit*, 4 Bde. München: C.H.Beck, 2000. ISBN 3-40639705-0.

Dalia Moneta: *Von der Zedaka zur Sozialarbeit. Zur Geschichte der jüdischen Wohlfahrtspflege in Deutschland*. Unveröffentlichte Diplomarbeit. Frankfurt am Main, 1972.

Barbara Ohm: *Durch Fürth geführt*, Band 3: *Auf den Spuren der Fürther Juden*, Fürth: GH Druck + Digitale Medien, 2005.

Barbara Ohm: *Fürth. Geschichte der Stadt*. Fürth: Jungkunz, 2007. ISBN 978-3-9808686-1-7.

Andreas Reinke: *Judentum und Wohlfahrtspflege in Deutschland. Das Jüdische Krankenhaus in Breslau 1726-1944*. Hannover: Hahnsche Buchhandlung, 1999.

Gerhard Renda: *Die Fürther Judengemeinde von ihren Anfängen bis 1670*. In: Werner J. Heymann (Hg.): *Kleeblatt und Davidstern. Aus 400 Jahren jüdischer Vergangenheit in Fürth*, Emskirchen: Maria Mümmeler, 1990.

Monika Richarz (Hg.): *Jüdisches Leben in Deutschland*. Bd. 1: *Selbstzeugnisse zur Sozialgeschichte 1780 - 1871*. Stuttgart: DVA, 1976.

Monika Richarz (Hg.): *Jüdisches Leben in Deutschland*. Bd. 2: *Selbstzeugnisse zur Sozialgeschichte im Kaiserreich*. München: DVA, 1979. ISBN 3421018421.

Monika Richarz (Hg.): *Jüdisches Leben in Deutschland*. Bd. 3: *Selbstzeugnisse zur Sozialgeschichte 1918-1945*. Stuttgart: DVA, 1982. ISBN 3421060940.

Monika Richarz (Hg.): *Bürger auf Widerruf. Lebenszeugnisse deutscher Juden 1780-1945*. München: Verlag C. H. Beck, 1989. ISBN 3-406-33856-9.

Monika Richarz und Reinhard Rürup: *Jüdisches Leben auf dem Lande: Studien zur deutsch-jüdischen Geschichte*. Tübingen: Mohr Siebeck, 1997. ISBN 3-16-146842-2.

Paul Georg Rieß: *Chronik der Stadt Fürth. Jahrgangsbände 1911-1944*. (Stadtarchiv Fürth).

Chaim Schatzker: *Zur Sozialgeschichte der jüdischen Jugend in Deutschland*. Frankfurt, 1986.

Hans-Otto Schembs: *Jüdische Mäzene und Stifter in Frankfurt am Main*. Frankfurt: Kramer, 2007.

Adolf Schwammberger: *Fürth von A bis Z. Ein Geschichts-Lexikon*. Fürth 1968.

SOWI Sozialwissenschaftliche Informationen: *Deutsche Juden - Jüdische Deutsche. Aspekte der Sozialgeschichte*. Jg. 18 / 1989, H. 3. Seelze-Velber: PädagogikaZentrale, 1989. ISBN 3-617-25019-X.

Gerd Stecklina: *Traditionelle jüdische Wohltätigkeit, Vereins- und Stiftungswesen am Beispiel der Israelitischen Religionsgemeinde zu Dresden*. In: Gerd Stecklina (Redaktion): *Jüdische Sozialarbeit in Deutschland. Beiträge zum 2. Fachtreffen: Historische Sozialpädagogik/Sozialarbeit*. H.: Institut für Sozialpädagogik und Sozialarbeit/Technische Universität Dresden. Dresden 2001, S. 78-99.

Jim G. Tobias, Peter Zinke (Hrsg.): *Beiträge zur deutschen und jüdischen Geschichte*. Band I. *Schwerpunktthema: Jüdisches Leben in Fürth*. Jahrbuch des Nürnberger Instituts für NS-Forschung und jüdische Geschichte des 20. Jahrhunderts. Nürnberg: Antogo, 2002. ISBN 3-9806636-4-7.

Shulamit Volkov: *Sozialgeschichte der Juden in Deutschland - Festschrift zum 75. Geburtstag von Jacob Toury*. Gerlingen: Bleicher, 1991. ISBN 3-88350-494-7.

Shulamit Volkov: *Die Juden in Deutschland 1780 – 1918*. München: Oldenburg Verlag, 1994. ISBN 3-486-55059-4.

Gerd Walther (Hrsg.): *Fürth – Die Kleeblattstadt. Rundgänge durch Geschichte und Gegenwart*. Städtebilder-Verl., Fürth 1991. ISBN 3-927347-22-1

Bernd Windsheimer: *Geschichte der Stadt Fürth*. München: C.H. Beck, 2007.

Wolfgang Wüst: *Kleeblatt Fürth. Konsensfindung und Herrschaftsteilung als Herausforderung für die gesellschaftliche Entwicklung vor 1800*, In: Barbara Ohm (Hg.), Die Universität Erlangen zu Gast im Geschichtsverein Fürth. Vorträge zur Fürther Geschichte (Fürther Geschichtsblätter 2,3,4/ 2007) Fürth 2007, S. 17-36.

Susanne Zeller: *Soziale Arbeit und Judentum*. In: *Soziale Arbeit* 4 (1987), S. 110-121.

Susanne Zeller: *Soziale Arbeit und Judentum. Sozialethische Elemente professioneller Sozialarbeit/ Sozialpädagogik*. In: *Soziale Arbeit* 46/ 1997 (a), H. 4, S. 110-123.

Susanne Zeller: *Nicht Almosen, sondern Gerechtigkeit. Jüdische Ethik und ihre historischen Wurzeln für die Professionalisierung in der Sozialen Arbeit*. In: *Neue Praxis* 6/1998, S. 540-556.

Susanne Zeller: *Soziale Arbeit und ihr ideengeschichtliches Fundament aus der jüdischen Sozialethik. Ein Beitrag zur Professionalisierungsgeschichte der Sozialpädagogik/Sozialarbeit um die Jahrhundertwende*. In: Institut für Sozialpädagogik und Sozialarbeit/TU Dresden (Hg.): *Auf der Suche nach einem Verhältnis von Öffentlichem und Privatem im Wohlfahrtswesen (1890-1930). Beiträge zum 1. Fachtreffen: Historische Sozialpädagogik/Sozialarbeit*. Dresden 1998, S. 77-96.

Susanne Zeller: *„Wir haben Bürgerpflichten zu erfüllen!“ Die Begründerinnen der Sozialen Arbeit in Deutschland und ihre Bezüge zur (Sozial)Ethik des Judentums*. In: Eric Mührel (Hg.):

Ethik und Menschenbild der Sozialen Arbeit, Essen: Die Blaue Eule, 2003. S. 15-28. ISBN: 3-89924-073-1.

E-Medien

Tobias Asmuth: FAMILIE BEROLZHEIMER- Spendable Patrioten - Das Jüdische Museum Franken erinnert an die Familie Berolzheimer. <http://www.juedische-allgemeine.de/article/pdf/id/3440> (abgerufen am 21.04.2011).

Leo Baeck: *Jüdische Wohlfahrtspflege und jüdische Lehre*. In: Jüdische Wohlfahrtspflege und Sozialpolitik 9-10/ 1930, S. 327-334. <http://deposit.d-nb.de/cgi-bin/juedframe.pl?ansicht=6&zeitung=juedwohl&jahrgang=01&ausgabe=10&seite=0355000c> (abgerufen am 30.05.2011)

Andreas Franke: Solidarität in Fürth - Benefizgala und Spenden für einsturzgefährdete jüdische Trauerhalle. <http://www.juedische-allgemeine.de/article/pdf/id/6172> (abgerufen am 21.04.2011).

Verena Hennings: *Religiöse Grundlagen jüdischer Wohltätigkeit - Bedeutung von Religion und Tradition in Zeiten der Modernisierung – Jüdische Wohlfahrtspflege in der Weimarer Republik*. In: Medaon - Magazin für jüdisches Leben in Forschung und Bildung 2/2008. <http://medaon.de/pdf/A-Hennings-2-2008.pdf> (abgerufen am 30.05.2011).

Historisches Forum Bayern: Judentum – Schlaglichter zur Geschichte der Juden in Bayern. http://www.historisches-forum-bayern.de/userfiles/Themen/HFB_Judentum_in_Bayern.pdf (abgerufen am 09.05.2011).

Gerhard Jochem: Chronologie der jüdischen Gemeinde in Fürth bis 1945. http://www.rijo.homepage.t-online.de/pdf/DE_FU_JU_fuerth4.pdf (abgerufen am 18.04.2011).

Alexander Mayer: *Die Juden in Fürth - Schlaglichter 1792-1914*. IN: Altstadtbläddla 34. 1999/2000. <http://www.altstadtverein-fuerth.de/blaeddla/34/judfue.htm> (abgerufen am 21.04.2011).

Alexander Mayer: Rundbrief des Stadtheimatspflegers Dr. Mayer zur Verleihung des Fürther Ehrenbriefs an Willie Glaser am 30.10.2010. <http://www.dr-alexander-mayer.de/downloads/positionen-rundbrief-65.pdf> (abgerufen am 21.04.2011).

Thomas Nagel: Im Namen der Familie Salzträger - In Fürth gibt es erstmals seit der Schoa wieder eine jüdische Stiftung. <http://www.juedische-allgemeine.de/article/pdf/id/1357> (abgerufen am 21.04.2011).

Thomas Nagel : Fromme Legende - Wie tolerant war das fränkische Fürth wirklich? Eine Ausstellung im jüdischen Museum der Stadt klärt auf. <http://www.juedische-allgemeine.de/article/pdf/id/3789> (abgerufen am 21.04.2011).

Gerd Stecklina: *Die Sozialethik des Judentums- das Beispiel Leo Baeck*. In: Medaon - Magazin für jüdisches Leben in Forschung und Bildung 1/2007. <http://medaon.de/pdf/A-Stecklina-1-2007.pdf> (abgerufen am 30.05.2011).

Zeitschriften

Jüdisches Museum Frankfurt (Hg.): *Zedaka - Jüdische Sozialarbeit im Wandel der Zeit - 75 Jahre Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland 1917 - 1992*. ISBN 978-3-9802125-4-8

Ulrich Stascheit, Franz-Michael Konrad, Renate Heuer (Hg.): *Zeitschrift der jüdischen Wohlfahrtspflege ZEDAKAH. Reprint der Ausgaben von 1925-1928*. Frankfurt a.M. 1997.